3. Jahrgang / Nr. 182

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto Nr. 23 885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8637.

Donnerstag, den 18. August 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,40 Mk. auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklamen: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 4,— Mk.

Die wirtschaftlichen Sanktionen sollen fallen — die Wiedergutmachungskrise bleibt.

Der Oberste Rat der Alliierten hat am Schluß seiner Tagung beschlossen, die wirtschaftlichen Sanktionen vom 15. September ab aufzuheben, und zwar unter folgenden Bedingungen: daß

1. die fällige Zahlung vom 31. August, eine Milliarde Goldmark, von Deutschland völlig und rechtzeitig beglichen wird,

2. eine alliierte Einrichtung ins Leben gerufen wird, um die Einfuhrbewilligungen für Erzeugnisse der alliierten Gebiete zu überwachen.

Dieser Beschluß bedeutet praktisch, daß die zwischen dem besetzten Gebiet und dem unbesetzten Deutschland aufgerichtete Zollgrenze fallen soll. Die 26prozentige Ausfuhrtaxe wird von dem Beschluß des Obersten Rates nicht berührt, denn sie bildet nicht einen Teil der Sanktionen, sondern des Londoner Ultimatums, das durchzuführen sich die Regierung Wirth verpflichtet hat. Die militärischen Sanktionen sollen weiter bestehen bleiben.

Die Besprechung, die dem Beschluß des Obersten Rates voranging, zeigt, daß auch dieser Beschluß, wie die Vertagung der oberschlesischen Frage, ein Kompromiß zwischen den französischen und englischen Interessen darstellt. Frankreich hat die Beibehaltung der militärischen Sanktionen durchgesetzt, England die Aufgabe der wirtschaftlichen Sanktionen, die im gegenwärtigen Augenblick für Frankreich auch nicht mehr von so großer Wichtigkeit sind wie zuvor, da sie ihren Zweck, die Wiedereröffnung des Loches im Westen, im wesentlichen erreicht haben.

Die alten Differenzen in der Frage der Sanktionen zeigten sich bereits wieder bei der Besprechung der Besatzungskosten. Die Finanzsachverständigen hatten die Besatzungskosten als zu hoch erachtet. Der englische Vertreter, Lord Curzon, erklärte, daß dieser Umstand der zu hohen Kopfstärke der Besatzungstruppen zuzuschreiben sei. Die französischen Vertreter behaupteten dagegen, daß der Kostensatz für jeden einzelnen Soldaten zu hoch sei. England versuchte also, die Frage der Besatzungskosten zur Verringerung der Stärke der Besatzungstruppen auszunutzen. Da eine Einigung nicht zustande kam, wurde eine Kommission eingesetzt, die bis zum 1. November dem Obersten Rat bestimmte Vorschläge unterbreiten soll.

Zur Frage der Sanktionen hielt zunächst der französische Wiederaufbauminister Loucheur eine Rede, die darauf hinauslief, daß die französische Regierung in Anbetracht des guten Willens der Regierung Wirth, das Ultimatum zu erfüllen, in die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen einwilligen könne, falls 1. Deutschland die am 31. August fällige Goldmilliarde bezahle, 2. die deutsche Regierung „sich mit den zwischen ihr und der französischen Regierung besprochenen Maßnahmen einverstanden erklärte, durch die der systematischen Verweigerung der Einfuhrerlaubnis für alle Waren der Alliierten, die nach dem besetzten Gebiet gehn sollen, ein Ende gemacht werden soll.“ Loucheur wollte also in die Beseitigung der wirtschaftlichen Sanktionen, d. h. der Zollinie, einwilligen für den Fall, daß die französische Regierung durch besondere Abmachungen mit der deutschen Regierung sich die Offenhaltung des Loches im Westen für die französischen Waren sichern könne. Gegen die Ueberschwemmung Frankreichs mit billigen deutschen Waren hat die französische Regierung den Ausbau der Schutzzollgesetzgebung in der Hand. Wie der eingangs mitgeteilte Beschluß des Obersten Rates zeigt, wurden die französischen Wünsche nicht ganz erfüllt, denn an Stelle der französisch-deutschen Sonder-Abmachungen tritt eine alliierte Kontrollkommission für die Einfuhr, durch die sich England auf die Einfuhr ins besetzte Gebiet ebenfalls Einfluß sichert.

Auf Loucheur antwortete für England Lord Curzon. Er erklärte, die Sanktionen müßten im vollen Umfang, d. h. einschließlich der militärischen Sanktionen, aufgehoben werde, da Deutschland das Ultimatum der Alliierten angenommen habe. Deutschlands Haltung sei hinsichtlich der Entwaffnung, der Wiedergutmachung, der Aburteilung der Kriegsverbrecher korrekt gewesen. Die Sanktionen seien kostspielig und reizten das deutsche Nationalgefühl. Das Kabinett Wirth müsse für seinen guten Willen unterstützt werden. Darum verlange die englische Regierung die schrittweise Zurückziehung der militärischen Sanktionen.

Briand trat wiederum Lord Curzon entgegen. Die französische Regierung wünsche die Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg nicht für unbestimmte Zeit aufrecht zu erhalten und würde schon selbst die Initiative zu ihrer Aufhebung ergriffen haben, wenn die Umstände es erlaubt hätten. Diese Umstände seien aber immer noch nicht eingetreten. Die Regierung Wirth zahle nur unter dem Druck der Sanktionen. Außerdem bliebe die große Gefahr bestehen, daß die Regierung Wirth zugunsten eines reaktionären Kabinetts gestürzt werde. Die verfrühte Aufhebung der Sanktionen würde keine Entspannung, sondern eine neue Spannung in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführen.

Frankreich will, und das ist ihm im wesentlichen noch gelungen, weiter seine Hand auf dem Rheinland halten. England will verhindern, daß Frankreich sich durch die wirtschaftlichen Sanktionen immer mehr des rheinländischen Marktes und damit auch des Marktes im unbesetzten Deutschland ermächtigt. Dazu zwingt es die sich immer mehr verschärfende Absatzkrise im eigenen Lande. Daß die englischen Kapitalisten nicht daran denken, den Kampf gegen die deutsche Einfuhr aufzugeben oder auch nur zu mildern, beweist die Tatsache, daß, wie die „Industrie- und Handels-Zeitung“ vom 13. mitteilt, das Gesetz zum Schutz der Schlüsselindustrien (Antidumpinggesetz), das sich hauptsächlich gegen deutsche Waren richtet, im Unterhaus mit 176 gegen 54 Stimmen angenommen wurde.

Frankreich erlitt noch insofern eine Niederlage, als es sich trotz heftigen Sträubens dazu bequemen mußte, den Wert der Saarbergwerke, der auf 300 bis 400 Millionen Goldmark eingeschätzt wird, auf Wiedergutmachungskonto anzurechnen, wodurch die französischen Besatzungskosten bis zum 1. Mai 1921 als gedeckt gelten und aus der ersten deutschen Goldmilliarde zunächst die Ansprüche Englands und Belgiens befriedigt werden sollen. Andererseits erzielt Frankreich durch Herabsetzung des Preises der bis zum 31. August 1922 über Rotterdam und Antwerpen gelieferten Saarkohle vom englischen Exportpreis auf den deutschen Inlandspreis und durch für Frankreich günstigere Anrechnung der in den Besitz Englands übergegangenen deutschen Kriegsflotte einen Gewinn von etwa 140 Millionen Goldmark.

Was folgt aus dem Beschluß des Obersten Rates für die Situation in Deutschland? Zunächst sind auch die wirtschaftlichen Sanktionen noch nicht aufgehoben. Die Tendenz des französischen Imperialismus, sich des Rheinlands und Oberschlesiens zu bemächtigen, bleibt bestehen, und wird sich mit jedem Erstarken des deutschen Kapitals verstärken. Die Wiedergutmachungsforderungen der Entente bleiben ebenfalls bestehen und zugleich wächst mit der Wirtschaftskrise die Unmöglichkeit auch für das französische Kapital, sich diese Leistungen in Waren erstatten zu lassen und damit der deutschen Produktion Absatz zu verschaffen. Für die deutsche Bourgeoisie bleibt somit die Notwendigkeit, durch steten Lohndruck den Kampf auf den ausländischen Absatzmärkten zu führen und gleichzeitig die Wiedergutmachungslasten durch unerhörten Steuerdruck aus der arbeitenden Bevölkerung herauszupressen. Für das Proletariat bleibt somit die Notwendigkeit, sich des Lohnabbaues und Steuerraubes zu erwehren und darüber hinaus erst die Grundlage für den Wiederaufbau zu schaffen, indem es die Produktion in Deutschland in die Hand nimmt und so gestaltet, daß sie aufhört, die arbeitenden Klassen der Ententeländer mit Arbeitslosigkeit, Lohndruck u. stets neuen imperialistischen Konflikten zu bedrohen.

Die Beamtenschaft zum Kampf bereit!

Der Aufmarsch der Eisenbahner, Staats- und Werftarbeiter. — Was tut der ADGB.?

Vor wenigen Tagen hat der Vorstand des ADGB. in seinem Aufruf klar ausgesprochen, daß die Arbeiterschaft infolge der Verteuerung aller Lebensmittel nicht mehr existieren könne, wenn sie nicht sofort gegen diese Verschlechterung ihrer Lebenshaltung ankämpfe. Die Arbeitsgemeinschaftler, die im ADGB. sitzen, hätten sich nie und nimmer zu einem derartigen Aufruf entschlossen, wenn nicht die Lage tatsächlich so gespannt wäre, überall im Reich, daß es unbedingt an allen Ecken und Enden zu Kämpfen kommen mußte. In ihrer Bedrängnis versuchten die Gewerkschaftsführer, die akute Krise zu verschleppen; sie versprachen, sich an die Spitze einer allgemeinen Lohnbewegung stellen zu wollen.

Doch diese Absicht hat das brutale Manifest des Unternehmertums, das von vornherein jedes Entgegenkommen ablehnt, gründlich verdorben. Die Unternehmer sind gleichzeitig dazu übergegangen, die Arbeiterschaft überall zu schikanieren, bis aufs Blut zu reizen, um sie zu provozieren. In der äußersten Not mußten auch schon große Teile der Arbeiterschaft in den Kampf treten.

Ueberall lokale Bewegungen! Es gibt kein Ausweichen, kein Verzögern mehr. Die Massen verlangen stürmisch von den Gewerkschaftsführern, daß sie die Macht der Gewerkschaften einsetzen und — in letzter Stunde — das Signal zum allgemeinen Angriff geben.

Eisenbahnerstreik in Kassel.

Am Sonnabend, den 13. August, traten die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte Kassel in den Streik, nachdem ihre Forderungen auf Gleichstellung mit den im Gedinge arbeitenden Hauptwerkstättenarbeitern abgelehnt wurden. Im Laufe des Sonntags schlossen sich die Arbeiter in Marburg, Treisa, Bad Wildungen und Paderborn dem Streik an.

Die Bewegung entstand schon vor mehreren Tagen und wurde hervorgerufen durch das provozierende Verhalten des Regierungsrats Grabo, der es ablehnte, mit den Betriebsräten über die von den Arbeitern eingereichte Forderung zu verhandeln. Erst nachdem die Belegschaft die Arbeit niederlegte, um Verhandlungen mit der Direktion zu erzwingen, erklärte sich dieselbe zu solchen bereit. Die Arbeiter, aufs höchste empört über das Verhalten Grabos, erklärten, daß sie es ablehnen müßten, in Gegenwart desselben mit der Direktion zu verhandeln. Erklärte doch Regierungsrat Grabo der Direktion gegenüber, daß in Kassel 3000 Arbeiter zu viel beschäftigt seien, die entlassen werden müssen. Bei der auf Dienstag, den 9. August, festgesetzten Sitzung zwischen der Direktion und dem Betriebsrat erschien nun auch Grabo. Die Vertreter der Arbeiter protestierten gegen die Anwesenheit dieses Herrn, worauf der Präsident die Sitzung aufhob und die Betriebsräte stehen ließ. Am Mittwoch, den 10. August, fand eine Betriebsversammlung statt, in der die Vertreter Bericht erstatteten. Eine ungeheure Erregung bemächtigte sich der Arbeiter. Unter keinen Umständen konnten sich dieselben eine derartige Handlungsweise einiger Bürokraten gefallen lassen, wollten sie nicht selbst willenlose Werkzeuge werden. Die Arbeiter nahmen den ihnen aufgezwungenen Kampf auf und beschlossen, in den Streik zu treten, nachdem die Direktion auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber den Forderungen der Arbeiter beharrte. Der Streik zieht immer größere Kreise. Bürgerliche Blätter wollen durch Schwindelnachrichten die Bewegung zu einem „kommunistischen Putsch“ umlügen. Das wird ihnen nicht gelingen. Doch müssen sich die beteiligten Verbände sofort hinter die Mitglieder stellen. Die lokale Bewegung hat Bedeutung für alle Eisenbahner und Beamten, die morgen in ihrer Gesamtheit zum Kampf gezwungen sein werden.

Cassel, 15. August.

Amtlich wird von der Eisenbahndirektion abends mitgeteilt, daß der Eisenbahnerstreik heute auf die Betriebsarbeiter der Bahnhöfe Hannöversch-Münden, Göttingen, Nordheim, Kreiensen, Seesen, Warburg und Scherfede übergegriffen hat. Am heutigen Vormittag mußten sieben Personenzüge auf kürzere Entfernungen ausfallen. Das Kasseler Gewerkschaftskartell, das sich am 15. Aug. mit der Lage in den Eisenbahnbetrieben beschäftigte, hat beschlossen, den Streik zu genehmigen und mit allen Mitteln zu unterstützen. Das Gerede von einem „wilden“ Streik ist also purer Unsinn. Die Bewegung dehnt sich unaufhaltsam weiter aus.

Streikausdehnung auch in Bremen.

(WTB.) Bremen, 15. August.

Der Streik der Staatsarbeiter nimmt seinen Fortgang. Die Technische Nothilfe ist in allen lebenswichtigen Betrieben eingesetzt. Die Großindustrie ist zum Teil lahmgelegt, da die Abgabe von elektrischem Strom nur an die lebenswichtigen Betriebe erfolgt. Der Straßenbahnverkehr ruht nach wie vor. Die Aktiengesellschaft Weser hat infolge eigener Kraftversorgung ihren Betrieb aufrechterhalten. Die Arbeiter sind vollzählig zur Arbeit erschienen, üben aber passive Resistenz. Der Senat trat mittags erneut zu einer Beratung wegen des Streiks zusammen, an der ein Ministerialvertreter aus Berlin teilnahm.

Weitere Aussperrungen im bayerischen Baugewerbe.

Nachdem die Nürnberger Bauunternehmer wegen des Streiks der Münchener Bauarbeiter bereits die Arbeiter ausgesperrt haben, haben am 12. August die Unternehmer die Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter Südbayerns beschlossen.

Lohnbewegung der Frankfurter Telegraphenarbeiter. In einer Mitgliederversammlung, die besonders stark besucht war, nahmen die Sektionen der Telegraphenarbeiter im Deutschen Verkehrsbund Frankfurt a. M. Stellung zur der Teuerung und den notwendigen Lohnerhöhungen. Dem ADGB. wurde schärfstes Mißtrauen entgegengebracht. Nach einer lebhaften Diskussion wurden nachstehende Forderungen erhoben:

„100 Prozent Lohnerhöhung, 2000 Mark Wirtschaftsbeihilfe, 500 Mark für jedes Kind.“

Landarbeiterstreik in Lägerdorf. In Lägerdorf ist am 12. August ein Landarbeiterstreik ausgebrochen, um den aufgestellten Kreistarif durchzusetzen.

In Vogelbeck bei Hannover haben die Arbeiter der Kaliwerke Siegfried 1 und 2 die Arbeit niedergelegt.

In Burg bei Magdeburg streiken 10 000 Arbeiter der Leder- und Schuhfabriken. Andere Werke werden in kürzester Frist folgen.

Der internationale Krieg der Kommunistischen Internationale gegen den Hunger in Sowjetrußland.

Die Kommunistische Internationale hat Ende Juli in einem Manifest alle kommunistischen Parteien, alle politischen Arbeiterparteien, alle gewerkschaftlichen, syndikalistischen und anarchistischen Verbände, Genossenschaften, Frauen- und Jugendvereinigungen, die Werktätigen der ganzen Erde aufgefordert, eine rasche umfassende Hilfsaktion für die Hungernden in Sowjetrußland zu organisieren.

Die Kommunistische Internationale war überzeugt, daß trotz allen gemachten Unterstützungsversprechungen bürgerlicher Regierungen und bürgerlichen Hilfskomitees, vor allem die am Bestand der russischen Sowjetrepublik am meisten interessierten Schichten der Werktätigen, den hungernden Brüder in Sowjetrußland die rascheste und tatkräftigste Hilfe leisten würden.

Die Kommunistische Internationale hat sich nicht getäuscht. Bereits haben sich in allen Ländern Arbeiter-Hilfskomitees gebildet, sind Unterstützungsaktionen, Sammlungen von Geld, Kleidern und Gebrauchsgegenständen für Rußland in die Wege geleitet worden.

Um aber das von fast allen Arbeiterorganisationen erstrebte Ziel — wirkliche, praktische und rasche Hilfe für 20 Millionen hungernder Brüder zu erreichen — ist es notwendig, daß die proletarische Hilfsaktion überall vereinheitlicht, systematisch und planmäßig durchgeführt wird. Das getrennte Vorgehen einzelner Organisationen in einem Lande verzettelt die Kräfte, erschwert und verhindert einen raschen und guten Erfolg der Aktion.

Das unterzeichnete Komitee richtet deshalb nochmals an alle kommunistischen Parteien, politische Arbeiterparteien, an alle gewerkschaftlichen, syndikalistischen und anarchistischen Verbände, Genossenschaften, Frauen- und Jugendvereinigungen, an die Werktätigen der ganzen Erde den dringenden Appell, die von fast allen Arbeiterorganisationen und von der überwiegenden Mehrheit der proletarischen Massen angestrebte Hilfsaktion für die Hungernden in Sowjetrußland gemeinsam durchzuführen. Die erste Voraussetzung dazu ist die Bildung gemeinsamer Landes- und Ortskomitees, die die Einleitung, Führung, Agitation und Organisation der Hilfsaktion in den Händen haben, die Einsammlung und die Verwaltung der gesammelten Mittel durchzuführen. In Ländern, wo wider Erwarten Zentralleitungen von einzelnen Parteien und Organisationen ein gemeinsames Vorgehen ablehnen, muß versucht werden, dies wenigstens in den Bezirken und Orten zu erreichen.

Eine zweite, notwendige Voraussetzung eines glücklichen Gelingens der Aktion ist die Beschränkung und Konzentration auf das wichtigste und dringendste. Es gilt vor allem durch möglichst großzügige Sammlungen größere Summen zusammenzubringen, um Getreide gegen den Hunger, Medizin gegen die Seuchen zu beschaffen.

Die raschste und tatkräftigste Hilfe ist die bereits von einzelnen Parteien und Gewerkschaften durchgeführte Ablieferung eines Tageslohnes jedes ihrer Mitglieder für die Hungernden in Rußland. Wo das noch nicht geschehen ist, muß es sofort und restlos durchgeführt werden. Darüber hinaus gilt es, durch fortgesetzte Sammlungen, durch den Vertrieb von Marken, Karten, Literatur usw., Einsammlungen von Kleidern usw. das Hilfswerk in breitester Weise durchzuführen.

Um alle Schichten und alle Kreise des werktätigen Volkes für das Hilfswerk zu gewinnen, schlagen wir vor, am Sonnabend, den 3., und Sonntag, den 4. September, besondere Werbe- und Sammeltage für die Hilfsaktion zu organisieren.

Um die in der Aktion gesammelten Arbeitergroschen auf das zweckmäßigste und vorteilhafteste zu verwenden, ist es notwendig, die in jedem Lande gesammelten Gelder an einer einzigen internationalen Zentralstelle zusammenfließen zu lassen, die dann, unter Mitwirkung von Genossenschafts- und Komiteevertretern der einzelnen Länder, den Einkauf des Getreides, der Medizinen usw. in bester Qualität zu den günstigsten Bedingungen besorgt. Wir richten die dringende Aufforderung an alle Arbeiterparteien und -Organisationen, Hilfskomitees usw., nicht von sich aus Einkäufe irgendwelcher Art vorzunehmen, sondern nur durch das gemeinsame Internationale Zentralkomitee.

Die täglich sich steigernde Not erheischt gebieterisch rasche Hilfe. Die Kommunistische Internationale richtet an alle Arbeiterorganisationen, vor allem an die kommunistischen Parteien und Gruppen die Aufforderung, durch eine großzügige Preßkampagne, durch die Abhaltung von Volksversammlungen und Meetings in allen Orten des Landes den internationalen Kampf aller Werktätigen gegen den Hunger in Sowjetrußland zu propagieren und eine alle Arbeiter erfassende Hilfsaktion durchzuführen.

Es lebe die internationale praktische Solidarität aller Arbeiter und Schaffenden!

Es lebe der internationale Krieg gegen den Hunger in Sowjetrußland!

Auslandskomitee der Kommunistischen Internationale zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Sowjetrußland!

J. A.: Willy Münzenberg.

Politische Uebersicht.

Reichskabinett und Pariser Beschlüsse.

Der Oberste Rat hat am Sonnabend dem deutschen Geschäftsträger in Paris ein von Briand gezeichnetes Schreiben übersandt, indem die deutsche Regierung ersucht wird, das deutsche Volk aufzufordern, bis zur endgültigen Entscheidung über Oberschlesien die größte Ruhe zu bewahren und gleichzeitig ihren ganzen unmittelbaren und mittelbaren Einfluß auf die Bevölkerung Oberschlesiens auszuüben, damit diese die Autorität der interalliierten Kommission achte. Die „Nationalzeitung" berichtet, daß daraufhin am 15. August, nachmittags, eine Sitzung des Reichskabinetts stattgefunden hat. Die Reichsregierung werde entsprechend den Wünschen des Obersten Rates einen Aufruf an die Bevölkerung Oberschlesiens und des deutschen Reiches richten, die Ruhe zu bewahren und die endgültige Entscheidung über Oberschlesien abzuwarten.

Aus dieser Meldung geht zweierlei hervor. Einmal handelt es sich um eine auffällige Stimmungsmache, die Frankreich bisher zu betreiben nicht nötig hatte, da es sich auf den nackten Gewaltstandpunkt stellte. Durch den Ausgang der Konferenz des Obersten Rates ist diese Haltung wenigstens vorübergehend doch etwas erschüttert.

Zweitens aber und mit noch augenfälligerer Deutlichkeit bringt der Artikel des „Temps" einen neuen Beweis dafür, daß die Regierung Wirth doch im gegenwärtigen System nichts anderes sein kann als der Zutreiber des Ententekapitals. Für gute Dienste gegen die proletarischen Steuerträger gute Konzessionen an die deutsche Bourgeoisie!

Das französische Kapital braucht Wirths Steuern.

SS. meldet unter dem 15. August aus Paris: Der „Temps" wendet sich entrüstet gegen die Wolffberichte über die letzte Sitzung des Obersten Rates, die nicht erwähnen, daß Loucheur die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen beantragt und diesen Vorschlag mit der Anerkennung des guten Willens des Kabinetts Wirth begründet. Der „Temps" habe erklärt, daß die neue Steuervorlage, die der deutsche Reichstag demnächst zu beschließen habe, eine schwere Last sein wird. Die Regierung, die dieses Steuerprogramm verteidige und die Mehrheit, die es annehmen werde, setzten sich heftigen Racheäußerungen aus. Die Alliierten müßten alles tun, um dem Kabinett Wirth zu helfen. Der „Temps" fragt, warum die Alliierten nicht beschlossen, die Aufhebung der militärischen Sanktionen von der Annahme dieses Steuerprogramms abhängig zu machen. So könnten Dr. Wirth und seine Mehrheit ein wirksames Argument zur Verteidigung ihrer Rechte denjenigen entgegensetzen, die ihre Geldbörse in eine schwarz-weiß-rote Flagge einwickeln.

Demonstration des Königsberger Proletariats.

Der von der Schupo geschützte Fackelzug der Königsberger Studenten zu Ehren Ludendorffs und [illegible] der reaktionären Tannenbergler wurde von einer gewaltigen Gegenkundgebung der Arbeiter ausgepfiffen. Am Sonntag fand eine gemeinsame von über [illegible] Arbeitern besuchte Demonstration der proletarischen Parteien gegen jeden imperialistischen Krieg und seine Ursachen statt. Die Tannenbergfeier der Reaktionäre auf dem Peter-Simon-Platz fand auch am Sonntage unter polizeilichem Schutz. Sowohl die „republikanische" Reichswehr als auch die Reichsmarine hatten zu diesem Treffen der Monarchisten große Delegationen entsandt. Beide Veranstaltungen verliefen ohne Zusammenstöße.

Das Ende der Sondergerichte.

Das Sondergericht Halle ist jetzt als vorläufig letztes in Deutschland, nachdem die [illegible] gegen [illegible] aufgehoben worden. Die gesamte Presse, einschließlich der sozialdemokratischen und unabhängigen, berichtet es, ohne dazu zu sagen, daß damit die Prozesse gegen die Märzkämpfer noch lange nicht beendet sind, sondern vor den ordentlichen Gerichten ihre Fortsetzung finden. Die Ebertsche Rachejustiz wird wohl erst dann am Ende sein, wenn die proletarische Faust dazwischenschlägt, daß das ganze reaktionäre Juristengesindel seine Paragraphenwut vergißt, um sein bißchen eigenen Mut in Sicherheit zu bringen, wenn alle ihre Opfer wieder in das Kämpferheer der Revolution eingereiht werden können. Die Lehren der Ebertjustiz werden sie nicht vergessen und mit derselben Rücksichtslosigkeit, die gegen sie angewendet wurde und wird, ihre Unterdrücker und deren Helfer treffen.

Waffenschiebung — Millionenprofite.

30 Millionen Mark Schiebergewinn waren in Aussicht.

Wegen Verbrechens gegen das Entwaffnungsgesetz hatten sich der Kaufmann und Hauptmann a. D. Alex Kreal, der Kaufmann Herbert Fränkel, der Kaufmann Karl Puls und der Kaufmann Heinrich Zboralski vor der 6. Ferienstrafkammer des Landgerichts I zu verantworten.

Ein gewisser Koch machte einer Hamburger Firma Offerte, mehrere hunderttausend Gewehre nebst Zubehör zum Preise von 96 Millionen Mark zu liefern. Die Angeklagten Fränkel und Puls setzten sich darauf mit dem Angeklagten Kreal, einem früheren österreichischen Hauptmann in Verbindung, der behauptete, daß die Waffen mit Billigung hoher Regierungsstellen an das Ausland verkauft werden könnten. Darauf wurde mit einer großen Firma in Paraguay ein Vertrag über die Lieferung der Gewehre geschlossen. Diese Millionenschiebung wurde jedoch in der Oeffentlichkeit ruchbar und schließlich mußte sich die Waffenerfassungsstelle in das Geschäft einmischen. Jetzt stellte sich plötzlich heraus, daß die Millionenschiebung „ein angebliches Luftgeschäft" sei. Die Angeklagten Fränkel und Puls, die einen Verdienst von zusammen 30 Millionen Mark herausgerechnet hatten, hatten aber schon in der Hoffnung auf ein glänzendes Geschäft über 80 000 Mark Spesen in das Geschäft hineingesteckt. Aus der Schweiz waren sogar Leute in einem Flugzeug herübergekommen, um sich an dem Waffengeschäft zu beteiligen.

In der Verhandlung beantragte der Verteidiger die Freisprechung für die Angeklagten Fränkel und Puls, da sie getäuscht und geschädigt worden seien. Außerdem müsse § 59 St. G. B. Anwendung finden, weil die Angeklagten angenommen hätten, daß Regierungsstellen den Verkauf billigen. Das Gericht schloß sich selbstverständlich den Gründen der Verteidigung an und sprach Fränkel und Puls frei. Gegen Hauptmann Kreal und Zboralski soll noch einmal eine Verhandlung angesetzt werden.

Eigenartig, daß plötzlich das Millionenschiebergeschäft sich als ein sogenanntes „Luftgeschäft" herausstellte. Selbstverständlich in der Orgeschrepublik, daß Waffenschieber freigesprochen werden müssen. Das Entwaffnungsgesetz besteht jedoch nicht für die Orgeschschieber, nicht für die Bourgeoisie, sondern nur für die Entwaffnung des Proletariats. Wehe dem Arbeiter, wehe dem Kommunisten, bei dem die kleinste Waffe gefunden wird. Er wird verurteilt. Wehe dem kommunistischen Agitator, wehe dem kommunistischen Redakteur, der Arbeiter auffordert, das Gleiche zu tun wie die Bourgeoisie, sich nicht zu entwaffnen; er wird zu Gefängnis und Zuchthaus verurteilt. SPD-Arbeiter, USP-Arbeiter! Seht, das ist der „Entwaffnungsschwindel", den eure Führer mit inszeniert haben.

Hilfsaktion des internation. Gewerkschaftsbundes

Die am 13. und 14. August in Berlin tagende Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sitz Amsterdam, hat zu der Hilfsaktion für das hungernde russische Proletariat Stellung genommen und in folgender Resolution festgelegt:

Die Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes, Sitz Amsterdam, die in Berlin über die Hungersnot in Rußland beraten hat, erklärt ihr tiefstes Mitgefühl mit dem russischen und georgischen Volk, insbesondere mit der notleidenden Arbeiterschaft in beiden Ländern. Die Konferenz nimmt Kenntnis von den spontanen Solidaritätskundgebungen und Aktionen, die die Arbeiterschaft der angeschlossenen Organisationen bereits in die Wege geleitet hat. Sie beschließt, die schon im Gange befindlichen Sammlungen im Interesse ihrer sofortigen und wirksamen Verwendung zusammenzufassen, zu erweitern und zu zentralisieren, und bestimmt zu diesem Zweck das folgende:

1. Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird beauftragt, sofort einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen.
2. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder haben die Sammlungserträge der ihnen angeschlossenen Verbände und der sonstigen Organisationen, die sich an dem Hilfswerk beteiligen, zu zentralisieren.
3. Die von den Landeszentralen zentralisierten Beträge werden in Gemäßheit der Anweisungen des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Verfügung gestellt.
4. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund zentralisierten Fonds sollen, soweit möglich, zur sanitären Hilfeleistung und zur Beschaffung von Lebensmitteln verwendet werden.

Eine erste Expedition wird sofort organisiert und unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Rußland entsandt. Eine Summe von 1 Million Mark wird sofort aus den Mitteln des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt. Die Landeszentralen werden ferner ersucht, Vorschüsse zu diesem Zweck zu gewähren. Mit dem Roten Kreuz wird unter Wahrung der Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Aktion auf technischem und organisatorischem Gebiet Verbindung hergestellt, um die Transportfrage zu lösen. Die Landeszentralen sind außerdem verpflichtet, auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, um diese zu unverzüglicher Hilfeleistung für das russische Volk zu bewegen.

Zur Bekräftigung dieser Beschlüsse erklärt die internationale Gewerkschaftskonferenz, daß die unternommene Aktion durch ihre rein menschlichen Ziele und angesichts der weltumfassenden Solidarität über allen politischen Meinungsverschiedenheiten steht. Sie ist ein proletarisches Werk, an dem die Arbeiter jeder Richtung teilnehmen müssen, trotz der Schwierigkeiten und der schweren Lasten, welche auf die Arbeiterschaft aller Länder drücken. An der Konferenz nahmen außer dem Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes Vertreter Frankreichs, Belgiens, Hollands, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, der Schweiz, Schwedens, Dänemarks, Luxemburgs, Lettlands und Deutschlands teil.

Diese Stellungnahme des Internationalen Gewerkschaftsbundes bedeutet eine Ohrfeige für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der in seiner Feindschaft gegen Sowjet-Rußland es abgelehnt hatte, eine proletarische Aktion für die hungernden Arbeiter und Bauern Rußlands einzuleiten und sich nur an den bürgerlichen Hilfsaktionen beteiligen wollte. Noch ist nicht festgelegt worden, wie die praktische Durchführung in Deutschland vor sich gehen soll. Der ADGB. hat sich zu entscheiden, ob er bereit ist, das Hilfswerk zu einer gemeinsamen Solidaritätsaktion des ganzen Proletariats zu gestalten. Da die Gewerkschaftskartelle in Deutschland sich zu einem nicht geringen Teile auch aus kommunistischen Arbeitervertretern zusammensetzen, ist dies der einzig mögliche Weg, der in Deutschland eingeschlagen werden kann.

Man mag über die Sowjet-Verfassung Rußlands denken wie man will, das Eine steht fest, daß es sich um eine Arbeiter- und Bauernregierung handelt, deren Unterstützung im Kampf eine nicht durch die Regierungsform, sondern durch Naturgewalten hervorgerufene Notlage eine selbstverständliche Pflicht proletarischer Solidarität für jeden klassenbewußten Arbeiter und jede proletarische Organisation ist.

Gewerkschaftliches.

Die Forderungen der Beamten an das Reich.

Berlin, den 15. August.

Von beteiligter Seite wird folgendes mitgeteilt: Nachdem die Verhandlungen der drei großen Gewerkschafts-Spitzen-Organisationen mit dem Deutschen Beamtenbund über die Schaffung einer gemeinsamen Front zur Durchführung einheitlicher Forderungen für die gesamten Reichs- und Staatsarbeiter, Angestellten und Beamten gescheitert sind, übermittelten die in Betracht kommenden Gewerkschaften der drei Spitzenorganisationen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring) den zuständigen Instanzen folgende Forderungen:

1. Für Arbeiter: Gewährung einer Ausgleichszulage zum beweglichen Teuerungszuschlag in Ortsklasse B von 10 Pfennigen, in Ortsklasse C von 20 Pfennigen und in Ortsklasse D von 30 Pfennigen pro Stunde.
   Gewährung einer weiteren allgemeinen Teuerungszulage in sämtlichen Ortsklassen in Höhe von 1.50 Mark pro Stunde und entsprechende Zulagen für weibliche Arbeiter und Lehrlinge und Erhöhung der Kinderzulagen um 150 Prozent. Bereitstellung entsprechender Mittel zwecks Erhöhung der Bezüge der Rentenempfänger.
2. Für Beamte: Angleichung der Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag an die Sätze der Ortsklassen. Gewährung einer gleichmäßigen, pensionsfähigen Teuerungszulage von 3600 Mark an alle Beamte einschließlich der Diätare und Pensionäre. Angleichung der Teuerungszuschläge zu den Kinderzulagen an die Sätze der Ortsklasse A.
3. Die neuen Teuerungsbezüge für alle Arbeiter und Beamte sind rückwirkend ab 1. Juli 1921 zu zahlen.

Die Forderungen der Groß-Berliner Beamten.

Am Freitag, den 12. August, tagte im Berliner Rathaus der Gesamtvorstand des Provinzialkartells Berlin des Deutschen Beamtenbundes. In Anbetracht der außerordentlichen Notlage der Beamtenschaft wurden nachstehende Forderungen aufgestellt: 1. Sofortige Zahlung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe und einer einmaligen Kinderbeihilfe für jedes Kind, 2. Festsetzung eines Mindesteinkommens, 3. Ausreichende Erhöhung der Grundgehälter in allen Besoldungsgruppen um gleichmäßige Beträge, 4. Ausreichende Erhöhung des Ausgleichszuschlages für die Grundgehälter und Ortszuschläge für alle Ortsklassen und Erhöhung der Kinderzuschläge, 5. Erhöhung der Bezüge der Diätare bzw. Anwärter, 6. Herabsetzung der Zahl der Ortsklassen unter Fortfall der Ortsklassen D und E, für die Stadtgemeinde Berlin Ortsklasse A.

Die Bundesleitung wird beauftragt, mit allen Mitteln die Durchführung dieser Forderungen zu erwirken. In der Ortsklassenfrage wurde nochmals auf die mit den anderen 3 Dachgewerkschaften erzielte Einheitsfront in der Forderung der einheitlichen Ortsklasse A für die Einheitsgemeinde Berlin Bezug genommen und beschlossen, von dieser Forderung in keiner Weise abzulassen.

Der deutsche Bauarbeiterverband und die Arbeiter am Mittellandkanal.

[illegible] Arbeiter arbeiten am Mittellandkanal. Es bestehen dort die schlechtesten Arbeitsverhältnisse. Die Unternehmer verfahren besonders bei Einstellungen und Entlassungen ganz nach Willkür. Ganz grundlos werden viele Arbeiter in das Elend der Arbeitslosigkeit gestoßen, obwohl nach Angabe der

Bauführer und Schachtmeister alle Leute vollauf beschäftigt werden können.

Die Kanalbauarbeiter haben sich wiederholt an den deutschen Bauarbeiterverband gewandt, damit er etwas unternehme, den Mißständen abzuhelfen. Doch es geschah nicht das geringste. Die Vertreter des Bauarbeiterverbandes, Ortsgruppe Hannover, wurden zu einer Betriebsversammlung am Kanalbau eingeladen. Dort sagte der Geschäftsleiter zu den Arbeitern folgendes: „Was haben wir von euch? Der Kanalbau ist so wie so nur vorübergehend, und nach seiner Fertigstellung werdet ihr wahrscheinlich alle wieder aus dem Verband herausgehen. Wir haben deshalb keine Veranlassung, unsere Kassen für euch einzusetzen.“ Dabei sind am Kanalbau 6000 Arbeiter bis 1926, bis zu welchem Jahr die Fertigstellung in Frage kommt, beschäftigt.

Die Erregung und Unzufriedenheit der Arbeiter über die Untätigkeit des Bauarbeiterverbandes ist ungeheuer. Auf einer Betriebsstelle ist die ganze Belegschaft (700 Mann) aus dem DBV. ausgetreten. Sie will eine neue Kanalarbeiterorganisation gründen. Das sind die Folgen der wirtschaftsfriedlichen Tendenz der Gewerkschaftsbürokratie. Sie wollen nicht kämpfen, und die verzweifelten Arbeiter suchen nach Auswegen. Dies führt zur Zersplitterung der Arbeiterschaft.

Erfolg der thüringischen Metallarbeiter.

Nachdem alle Verhandlungen ergebnislos geblieben waren, nachdem es dem Hauptvorstande des DMV. nicht geglückt war, der Bewegung der thüringischen Metallarbeiter das Genick zu brechen, traten am Sonnabend auf Beschluß des Hauptvorstandes 20 000 thüringische Metallarbeiter in den Streik. Die Unternehmer drohten zuerst mit einer Gesamtaussperrung der thüringischen Arbeiter. Wie aber unserem Bruderblatt, der Jenaer „Neuen Zeitung“ vom DMV. Jena mitgeteilt wurde, haben die Metallindustriellen am Sonnabend in später Abendstunde den Schiedsspruch anerkannt und sich bereiterklärt, Nachzahlung ab 1. Juli zu leisten.

Wenn sich diese Meldung bestätigen sollte, so wäre sie ein guter Erfolg der thüringischen Metallarbeiter, und zugleich stellte sie einen untrüglichen Beweis dar, daß das Proletariat in der gegenwärtigen Periode nur dann die Unternehmer auf die Knie zwingen kann, wenn es in breiter Front zum Kampfe aufmarschiert.

Ende der Aussperrung in Braunschweig.

Am Sonnabend, den 13. August, wird in allen Braunschweiger Metallbetrieben die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Einigungsverhandlungen der Metallindustriellen und Gewerkschaftsführer unter Vorsitz des Ministers Steinbrecher ergaben folgendes Kompromiß:

Die Zeitlohnarbeiter bekommen einen Stundenlohnzuschlag von 70 Pfg., die Akkordarbeiter von 40 Pfg. Weiter wird eine Brotzulage gezahlt von täglich 5 M. für jeden Arbeiter, 5 M. für die Ehefrau, 2,50 M. für jedes Kind unter 16 Jahren.

Die Arbeitgeber erklärten ihr Einverständnis mit dieser Regelung, ebenso der Metallarbeiterverband.

Die Kommunisten waren für Fortsetzung des Kampfes, bis die Unternehmer die Bezahlung der Aussperrungstage zugestehen. Da aber die Gewerkschaftsbürokratie ihre ganze Macht anwandte, um die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit unter den obigen Bedingungen zu bewegen, konnte die Bezahlung der Aussperrungstage nicht erreicht werden.

Ueber die schlappe Haltung der Gewerkschaftsführer während des vom Unternehmertum provozierten Kampfes ist noch viel zu sagen. Die Braunschweiger Arbeiter werden scharf mit ihnen abrechnen.

Die Steindrucker und Lithographen Stuttgarts für eine 50prozentige Lohnerhöhung.

Eine am 8. August stattgefundene Versammlung der Steindrucker, Lithographen und verwandte Berufe nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 8. August im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Steindrucker, Lithographen und verwandte Berufe, Zahlstelle Stuttgart, nimmt Stellung zu der kommenden Teuerungswelle, die sich auf alle Lebensmittel und Bedarfsartikel erstreckt, insbesondere auf Brot, Zucker, Bier, Tabak, sowie der Erhöhung der Umsatzsteuer von 100 auf 300 Prozent. Die Zahlstelle Stuttgart verlangt vom Hauptvorstand sofortige Einleitung von Lohnverhandlungen über das ganze Reich mit der Forderung von 50 Prozent Lohnerhöhung für alle Kollegen. Sollte durch Verhandlungen nichts erreicht werden, müssen sich alle Kollegen bewußt sein, daß sie den Kampf aufnehmen müssen.“

Bevorstehender Massenstreik in der Hallenser Metallindustrie

Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den Arbeiterorganisationen, die im Tarifverhältnis stehen, gescheitert. Die Arbeitgeber wollen nur 6,30 M. pro Stunde bezahlen. Die Arbeiter fordern 7 M. und beharren auf ihrer Forderung, so daß in den nächsten Tagen mit einem Streik zu rechnen ist, an dem 10 000 Arbeiter beteiligt sind.

Zum Bremer Werftarbeiterstreik.

Die Abstimmung im Betrieb am Nachmittag des 15. August ergab eine übergroße Mehrheit für den Streik.

Nach der ungeheuerlichen Provokation der Direktion, die in der fristlosen Entlassung dreier führenden Mitglieder des Arbeiterrats bestand, nach der darauf folgenden brutalen Verweigerung jeder Verhandlungen war es nicht anders zu erwarten, als daß die Belegschaft einen regelrechten Streikbeschluß durch Abstimmung herbeiführte und damit ihren entschlossenen Willen kundgab, diesen ihr aufgezwungenen Kampf auszufechten.

Geradezu unglaublich erscheint angesichts der unten genau geschilderten Vorgeschichte des Konflikts, die Stellungnahme der Gewerkschaftsbürokratie.

Die Gewerkschaften verlangten, daß die gemaßregelten, fristlos entlassenen, wegen Ausübung ihrer gesetzlichen Pflichten, mit einer Anklage wegen „Hausfriedensbruch“ verfolgten Betriebsratsmitglieder weiterarbeiten sollten. Im Falle, daß ihnen die Direktion den Arbeitslohn verweigere, sollten sie die Direktion beim Gewerbegericht verklagen. (!!) Die Gewerkschaftsbürokraten stellten weiter an die gemaßregelten Führer der KAPD., USPD. und SPD.-Fraktionen das Ansinnen, sie sollen sich dafür einsetzen, daß die Belegschaft sofort die Arbeit wieder aufnehme und der Einführung der neuen Arbeitsordnung, die bedeutende Arbeitsverschlechterungen und Lohnreduzierungen vorsieht, keinen Widerstand mehr entgegensetze.

In ihrer Versammlung haben die Arbeiter den Standpunkt der Gewerkschaftsführer einmütig abgelehnt und darauf den Streikbeschluß gefaßt. Am 16. August findet eine allgemeine Streikversammlung statt. Es gibt jetzt keinen anderen Weg mehr, als den rücksichtslosesten Kampf. Dieser Situation haben auch die Leitungen der Gewerkschaften Rechnung zu tragen durch ehrliche Unterstützung der kämpfenden Werftarbeiter. Es ist Sache aller Arbeiter Deutschlands, auf die Gewerkschaftsbürokratie den nötigen Druck auszuüben.

Schon lange verfolgte die Direktion der AG. Weser die reaktionärsten Bestrebungen. Stechuhren, ein wohlorganisiertes Aufpasser- und Antreibersystem und eine Herabsetzung der Akkordpreise um 30 Prozent sind nach Ansicht der Direktion die notwendigen Maßnahmen, um die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu heben. Sie verlangte die Gegenzeichnung eines diesbezüglichen Anschlages durch den Arbeiterrat, was dieser unter Zustimmung der gesamten Belegschaft entschieden ablehnte. Nun ging die Direktion selbständig daran, trotz schärfsten Protestes des Arbeiterrates, ihre Absichten zu verwirklichen.

Am Donnerstag, den 11. August, wurden sämtliche Betriebsbeamte aufgefordert, nach Schluß der Arbeitszeit in der Kantine des Werkes zu erscheinen, um „Richtlinien für betriebstechnische Angelegenheiten, insbesondere Akkordverrechnungen“ entgegenzunehmen. Der Angestelltenrat beantragte sofort, daß diese Versammlung durch ihn einberufen würde. Das lehnte die Direktion in schroffster Form ab, ebenso den Antrag des Obmannes der Angestellten, bei dieser Versammlung anwesend zu sein. Trotzdem Vertreter des Angestelltenrates die Direktion auf das ungesetzliche ihrer Maßnahme hinwies und ferner erklärten, daß wahrscheinlich nur ein kleiner Teil der Betriebsbeamten erscheinen würde, blieb die Direktion bei ihrer ablehnenden Stellung und erklärte: „Die Beamten, welche nicht zur Versammlung erscheinen, werden wir uns schon merken und das Nähere veranlassen.“

Der Obmann der Angestellten, Kollege Schröder, machte nunmehr den übrigen Mitgliedern des Betriebsausschusses (Höcker, Fricke, Brauckmüller) über das Vorgehen der Direktion Mitteilung. Daraufhin beschlossen die Betriebsratsmitglieder Höcker, Fricke und Brauckmüller anstelle des Angestelltenrates an der Versammlung teilzunehmen. Dieselbe war von 450 Betriebsbeamten besucht.

Direktor Stapelfeld hielt eine kurze Ansprache an die Angestellten und gab als Zweck der Versammlung die Entgegennahme technischer Informationen an. Er behauptete, daß dazu die Anwesenheit des Betriebsrates nicht notwendig sei, daß er keine Erlaubnis hätte, teilzunehmen, und forderte die Kollegen Höcker, Fricke und Brauckmüller auf, die Kantine zu verlassen. Darauf hielt der Kollege Höcker eine kurze Ansprache an die Angestellten, in welcher er das Vorgehen der Direktion einer scharfen Kritik unterzog. Die Betriebsbeamten, so führte Kollege Höcker aus, sind Auftraggeber des Betriebsrates, und dieser hat nicht allein das Recht, sondern die Pflicht, bei Veränderungen oder Einführung anderer Arbeitsmethoden mitzuwirken. Ueber das weitere Verbleiben der Betriebsratsmitglieder hat nicht der Vorstand, sondern müssen die Betriebsbeamten entscheiden. Beschließen dieselben, daß die Betriebsratsmitglieder diese Versammlung verlassen sollen, so werden sie sich dem Beschluß fügen. Weitere Maßnahmen gegen die Direktion zu treffen, will sich der Betriebsrat vorbehalten. Darauf zog sich die Direktion zu einer Beratung zurück und erklärte dann, eine solche Abstimmung nicht vornehmen zu dürfen, weil es eine Prinzipienfrage sei und die ganze Autorität der Betriebsleitung auf dem Spiele stände. Alsdann erfolgte eine kurze Meinungsäußerung aus den Reihen der Betriebsbeamten. Während zwei Oberingenieure sich gegen die Mitglieder des Betriebsrates wandten, sprachen sich vier Werkmeister und Werkführer dahin aus, daß ihre Vertreter in der Versammlung zu bleiben haben. Nachdem noch Brauckmüller (USP.) das reaktionäre Gebaren des Vorstandes kritisierte, stellte Direktor Stapelfeldt unter Hinweis auf die Folgen des Hausfriedensbruches an die drei Kollegen (Höcker, Fricke, Brauckmüller) die dreimalige Aufforderung, die Versammlung zu verlassen. Unter Hinweis auf das Betriebsrätegesetz und die Auffassung der anwesenden Betriebsbeamten mußten die Kollegen es ablehnen, der Aufforderung Folge zu leisten. Nunmehr erklärte Direktor Stapelfeldt die Versammlung für aufgelöst.

Am Nachmittag des folgenden Tages verhandelten dieselben Betriebsratsmitglieder mit Vertretern der Direktion vor dem Schlichtungsausschuß über die Einführung einer neuen Arbeitsordnung (dieselbe wurde dort als für beide Teile verbindlich erklärt). Inzwischen hatte die Direktion allen drei Kollegen folgendes Schreiben in die Wohnung geschickt:

Actien-Gesellschaft „Weser“

Bremen, den 12. August 1921.

Joh. Höcker, (Fricke, Brauckmüller)

Am gestrigen Tage, dem 11. August 1921, hatte der Vorstand die Betriebsingenieure, Werkmeister, Werkführer und Akkordbeamten zu einer Besprechung in der Kantine über Richtlinien für betriebstechnische Angelegenheiten, insbesondere Akkordverrechnungen gebeten, welche für die Zukunft für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes erforderlich sind.

Zu dieser Besprechung haben auch Sie sich eingefunden, obgleich Sie nicht dazu gebeten waren, auch der Gegenstand der Besprechung nicht in das Gebiet fiel, welches nach Maßgabe des Betriebsrätegesetzes Ihnen etwa als Mitglied des Betriebsrates zugewiesen ist.

Hierauf aufmerksam gemacht, wäre es Ihre Sache gewesen, den Ort der Besprechung sofort zu verlassen, wie es der Vorstand nach der gegebenen Aufklärung auch nicht anders erwartet hatte. Statt dessen sind Sie nicht nur geblieben, sondern sich auf ausdrückliche Aufforderung geweigert, den Raum zu verlassen und selbst auf den Hinweis, daß Sie sich des Hausfriedensbruches schuldig machten, der dreimaligen Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet, indem Sie vor den versammelten 300 Angestellten erklärten, es sei Ihnen egal, was da komme, Sie blieben doch.

Durch dieses Verhalten zwangen Sie uns nicht nur zur Aufgabe der Verhandlungen, sondern es lag darin auch ein bewußter und gewollter Bruch des Hausfriedens. Der Vorstand erblickt in diesem Vorgehen vor einem großen Teil der gesamten Angestellten eine so schwere Gefährdung der Autorität, daß eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses mit Ihnen der Werkleitung nicht zugemutet werden kann. Dieselbe sieht sich daher veranlaßt, Ihnen gegenüber hiermit die fristlose Entlassung auszusprechen.

Wir teilen Ihnen noch mit, daß Ihnen das Betreten der Werft, insbesondere des Arbeiteramtes mit dem Schluß des heutigen Tages untersagt ist und daß Ihnen morgen Vormittag Gelegenheit gegeben wird, Ihre Angelegenheiten zu ordnen und die Mitnahme Ihrer Sachen zu bewerkstelligen. Sie wollen sich dieserhalb an den Pförtner 1 wenden.

Wir werden jedes weitere Betreten der Werft Ihrerseits als Hausfriedensbruch verfolgen.

Aktiengesellschaft „Weser“.
gez. Stapelfeldt. gez. Neuffel.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Entlassung noch am selben Abend in der Stadt und besonders in Gröpelingen. Der größte Teil der Belegschaft weigerte sich am Sonnabend früh, die Arbeit aufzunehmen, bevor nicht die Einstellung der drei Kollegen erfolgt sei. Um 7 Uhr morgens wurde durch die Dampfpfeife zu einer Versammlung auf dem Werfthof einberufen, welche die drei entlassenen Kollegen lebhaft begrüßte.

Kollege Deisen gab einen kurzen Situationsbericht und kennzeichnete treffend das reaktionäre Verhalten der Direktion. Er forderte die Versammelten auf, das Ergebnis der sofortigen Verhandlungen mit der Direktion abzuwarten. Inzwischen gab der Kollege Höcker nochmals einen eingehenden Situationsbericht, welcher in einem Hoch auf die Solidarität ausklang. Darauf teilte Deisen mit, daß anscheinend die Direktion in den Streik getreten wäre, jedenfalls sei sie nicht im Verwaltungsgebäude zu finden. Plötzlich kam vom Gewerbehause aus der Stadt die telephonische Mitteilung, daß die Direktion sich dort aufhielte, und auch dort eine Besprechung mit dem Arbeiterrat wünsche.

Die Einstellung der entlassenen Betriebsratsmitglieder wurde abgelehnt, und die Direktion beabsichtigt, den Instanzenweg zwecks Herbeiführung eines endgültigen Urteiles zu beschreiten. Die Haltung des Vorstandes wurde von der Versammlung mit der größten Entrüstung aufgenommen.

Zu gleicher Zeit hatte der Angestelltenrat seine Vertrauensleute zusammengerufen, welche in einer Entschließung den entlassenen Betriebsratsmitgliedern ihre volle Solidarität aussprechen und vom Vorstande die Wiedereinstellung verlangen.

In den Wolfstatzen.

Vor zwei Jahren um diese Zeit mußte die Sowjetmacht den stärksten Andrang seitens der weißen Garden des Generals Denikin in der Ukraine ausstehen. Mit Tanks und Artillerie von den verbündeten Mächten bewaffnet, durchbrachen die Offiziers-Stoßtruppen die Front der roten Armee und besetzten das Don-Bassin. Verblutend und erschöpft in ununterbrochenen Kämpfen, verließ die rote Armee langsam, Schritt für Schritt, die Ukraine in Richtung nach Norden. Mit Unruhe verfolgte die arbeitende Bevölkerung von Jekaterinoslaw, Poltawa und anderen Städten der Ukraine diesen Rückzug. Indessen hatte sich die Bourgeoisie zum feierlichen Empfang der „Sieger“ vorbereitet. Die durch die Revolution scheinbar für immer begrabenen zaristischen Gendarmen und Polizisten waren auf einmal wieder wie die Ratten aus ihren Löchern herausgekrochen und warteten mit Ungeduld nur auf den Augenblick, wo sie ihre Rache an dem aufständigen Volk, das sie ihrer Macht und ihrer lohnenden Ämter beraubt hatte, vollziehen konnten. Mit Unruhe verfolgte auch der Bauernstand den Rückzug der Sowjettruppen. Erst vor kurzem hatten die ukrainischen Dörfer eine Reihe von antibolschewistischen Aufständen (Petljura, Machnow usw.) erlebt, und schon beim ersten Donner der Denikin-Geschütze fuhren die arbeitenden Bauernmassen in Erwartung auf, was für Heil die Offiziers- und Gutsbesitzersbande von der weißen Donau mit sich bringen würde.

Wir Kommunisten hatten uns ebenfalls zum Empfang der ungeladenen Gäste vorbereitet. Als der Partei klar wurde, daß sie die Ukraine auf eine Zeit lang verlassen müsse, wurde die Hinterlassung der in verschiedenen Teilen der Stadt gebildeten illegalen Organisationen beschlossen, die die Nachhut der Weißgardisten verwirren und die günstige Lage für den Angriff der Sowjetarmee vorbereiten sollten. Der kommunistischen Partei der Ukraine stand eine Arbeit bevor, die nach Umfang und Aufgaben von den früheren illegalen Organisationen der Zarenperiode scharf abstach und dazu noch unter erheblich schwierigeren Umständen arbeiten mußte.

Die Begeisterung der Parteimitglieder erreichte ihren höchsten Punkt. In den Parteizentren, die die geheimen Organisationen geführt hatten, konnte man sich der Genossen, die sich gern „okkupieren“ lassen wollten, kaum erwehren. Meistens waren es solche, die sich mit ihrer Sowjetarbeit bei der Bevölkerung schon dermaßen „kompromittiert“ hatten, daß für sie fast gar keine Hoffnung bestand, am Leben zu bleiben. Später haben wir viele, viele nicht wiedergefunden — sie waren den Heldentod auf den Kampfposten der proletarischen Revolution gestorben. Auch der Schreiber dieser Zeilen war während der ganzen Zeit der Denikin-Herrschaft in Kiew. Er wurde verhaftet, konnte jedoch unter phantastischen Umständen entweichen und blieb bis zum Abzug der Weißen in der Stadt. Jetzt, wo wir den Lärm dieses Krieges weit hinter uns haben, ist es vielleicht interessant, davon zu erzählen, wie wir damals gekämpft und was wir dabei erlebt haben.

*

Der 30. August 1919. Es wurde schon morgens beschlossen, die Stadt noch am selben Tage den Weißen zu überlassen. Vom Bahnhof ziehen die ununterbrochenen Ketten der roten Truppen in Richtung nach Tschernigow hin. Um vier Uhr nachmittags bot der Rückzug seinen Höhepunkt erreicht. Wir, die Zurückgebliebenen, haben schon seit Tagen und Wochen unsere Wohnungen nicht verlassen. Wir geben uns Mühe, uns dem Bürgerstande anzupassen, schimpfen auf die Bolschewisten, halten mit den Einwohnern die Wache am Tore und warten auf die kommenden Ereignisse.

Jedoch im letzten Moment erwacht in mir plötzlich ein großes Verlangen, die in dieser Stunde uns noch teuerer gewordenen Rotgardisten nochmals zu sehen, so daß ich mich ohne jede Überlegung nach dem Marktplatz begebe, wo die letzten Reihen der Sowjet-Truppen vorbeimarschieren. Der Marktplatz ist öde. Nur zwei Mönche stehen am Klostertore und schauen schweigsam und finster den davonziehenden Truppen nach. Es ist schwierig, von ihren erstarrten, ausdruckslosen Gesichtern etwas abzulesen.

Ein junger Rotgardist, mit zerzaustem Haar und barfuß, schreit ihnen vorbeigehend zu: „Auf Wiedersehn, meine Lieben!“ Die Mönche stürzen erschrocken zur Seite und sind im Moment verschwunden.

Bald darauf stand ich auf dem Marktplatz allein. Die Rotarmistenschritte verhallten allmählich und endlich trat eine unheilverkündende Stille ein. Ich kehrte um und ging nach Hause.

*

Die ganze Nacht hindurch dauerte die Kanonade. Die heranrückenden Weißen wollten mit Geschützfeuer den Rückzug verhindern, worauf die Sowjetflottille vom Dnjepr mit gleichem Feuer antwortete. Es war furchtbar, sich unter Bürgern zu fühlen, ihren dummen, boshaften Klatschereien zuzuhören, während nicht weit davon die Genossen kämpften und ihr Blut vergossen. Anderseits weilte der Gedanke bei vielen hier in der Stadt gebliebenen Genossen, die freiwillig die schwere und gefährliche Bürde auf sich genommen hatten. Es wurde beschlossen, daß in den ersten drei Tagen keiner von uns seine Wohnung verlassen sollte. Später sollten zwei oder drei der zurückgebliebenen Frauen sämtliche Wohnungen durchgehen und Verbindungen anknüpfen. Da wir genau wußten, was für Orgien sich in den ersten Tagen abspielen würden, war die größte Vorsicht notwendig, um unsere Organisation nicht von vornherein zu zerstören.

All diese Gedanken gaben keine Ruhe. Ich marschierte unzählige Male vom Tor zum Garten, wo sich eine umfangreiche Aussicht auf den Dnjepr und den unteren Stadtteil eröffnete, und zurück. Das Gewehrfeuer hörte nicht auf. Mit charakteristischem Pfeifen flogen die Geschosse über unser Haus weit in die Stadt hinein, Tod, Leid und Tränen mit sich bringend. Mit einem betäubenden Krach fiel ein Geschoß in ein nicht weit von uns gelegenes Haus und zertrümmerte die ganze obere Etage, wobei zwei Frauen in Stücke gerissen wurden.

Dieses Ereignis verscheuchte die Bewohner nicht vom Tore. Die Stadt war ja schon so oft aus den Händen des einen in die des andern übergegangen, und solche Vorfälle waren nichts Ungewöhnliches . . . .

Der Gedanke eilt wieder zu den in der Stadt befindlichen Genossen. Ob sie alle noch am Leben sind? Sind es „eigene“ Geschosse, die über unsere Köpfe fliegen, oder „feindliche?“ „Rote“ oder „weiße“? Ob einem von uns hier sitzenden Genossen bestimmt ist, von der Kugel der eigenen Brüder-Rotgardisten zu fallen?

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Versammlung der Erwerbslosen.

Die Versammlung im Schießwerder am 12. August war von ungefähr 2000 Arbeitslosen besucht. Behandelt wurde die Frage der Reichsbeihilfe für langfristige Erwerbslose. Nach Mitteilung des Erwerbslosenrates kommen in den Genuß der Beihilfe nur Erwerbslose, die mit höchstens fünfwöchentlicher Unterbrechung 26 Wochen lang Unterstützung bezogen haben. Die Beihilfe ist gestaffelt von 200 bis 800 Mark. Davon werden ein Drittel in bar und zwei Drittel in Sachleistungen gewährt.

Von den etwa 30 000 Breslauer Erwerbslosen erhalten nur 6500 Unterstützung. Reichsbeihilfe erhalten nur etwa 2000. Alle Redner betonten die Unzulänglichkeit der Beihilfe. Insbesondere wurde Kritik daran geübt, daß von 30 000 Erwerbslosen nur 6500 Unterstützung beziehen. Dies ist vor allem auf das rücksichtslose, jedem sozialen Empfinden Hohn sprechende Verhalten des Magistrats zurückzuführen.

Von verschiedenen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß eine Aenderung oder Besserung der Lage der Arbeitslosen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich sei. Erst der Aufbau der sozialistischen Bedarfswirtschaft habe kein Interesse an der Aufrechterhaltung einer industriellen Reservearmee.

Erst dann kann durch Planmäßigkeit der Anarchie des Unternehmertums ein Ende gemacht werden.

Die Arbeitslosen müssen aber trotz alledem in dem kommenden schweren Lohnkampf gegen die neue Teuerungswelle laut ihre Stimme erheben. In einheitlicher Front muß das schaffende und das arbeitslose Proletariat zusammenstehen.

In der Diskussion versuchte das frühere Mitglied des Erwerbslosenrates, Schlei, der jetzt Reisender bei den Deutschnationalen ist, zu sprechen. Er warf verschiedenen jetzigen Erwerbslosenräten Unregelmäßigkeiten vor.

Wenn wir auch die Qualifikation des Schlei, derartige Angriffe zu bringen, bezweifeln, müssen wir doch fordern, daß diese Angriffe, gleich gegen welche Person, ernsthaft geprüft werden.

Orgesch und Polizeipräsident.

Anläßlich der Protestversammlung gegen die Breslauer Polizei- und Justizschande gab die Referentin einen Ausspruch des Orgeschhäuptlings Escherisch fest. Dieser robuste Draufgänger erklärte, daß Herr Liebermann wohl zuzufassen wisse, wenn es gegen links gehe, daß er aber die Hosen voll habe, wenn es sich darum handle, gegen die Orgesch vorzugehen.

Die Schikanen dieses Herrn gegen die Kommunisten, die jeder Verfassung Hohn sprechen, haben nicht selten die Billigung der „Volkswacht" gefunden. Die Gemeingefährlichkeit dieses Herrn kommt in folgendem Artikel zum Ausdruck, den die „Volkswacht" veröffentlicht:

Sehr merkwürdige Vorgänge in den Breslauer Regierungsstellen beleuchten dies:

In einem Telegramm, das der preußische Innenminister Dominicus am 14. Juli 1921 an den Regierungspräsidenten in Breslau richtete, ersuchte er diesen, durch den Polizeipräsidenten von Breslau auf den Heimatschutzverband verfassungstreuer Schlesier (Orgesch) einzuwirken, daß er die bereits vollzogene Lösung von Escherich auch durch schleunige Satzungsänderung und insbesondere durch Aufgabe des Selbstschutzprinzips zum Ausdruck bringe.

Dieses Telegramm gab der Regierungspräsident in Breslau an den dortigen Polizeipräsidenten Geheimen Regierungsrat Liebermann zur weiteren Veranlassung und zum Bericht.

Was machte nun der Geheime Regierungsrat Liebermann? Er richtete folgendes Schreiben an den Geschäftsführer der Orgesch:

Der Polizeipräsident

Streng vertraulich! Eigenhändig!
Sofort!

An Herrn Major a. D. Queiß
Hier, Kirschallee 36.

Abschrift übersende ich ergebenst im Nachgange zu unseren Besprechungen zur gefl. Kenntnisnahme als Unterlage für Ihre Entschließungen. Dieses Schreiben ist lediglich für Ihren persönlichen Gebrauch bestimmt. Die Drahtung des Herrn Ministers des Innern darf nicht öffentlich bekannt werden. Ich wäre für Mitteilungen bis zum 20. d. M. verbunden, welche Schritte der H. v. S. getan hat oder zu tun gedenkt. gez. Liebermann."

Und wer ist Herr Major a. D. Queiß? Er war bis vor kurzer Zeit Major und Stabschef des Polizeioberst de le Roi in der Breslauer Schutzpolizei und nahm selbst seinen Abschied. Angeblich tat er das, um in der Industrie einen Posten anzunehmen. In Wirklichkeit wurde er, wie das interessante Schreiben des Herrn Liebermann beweist, Geschäftsführer der Orgesch, wo er seine guten Beziehungen zum Breslauer Polizeipräsidenten weiter auszunutzen Gelegenheit findet.

Aus der Provinz.

Landeshut. Von allen Berufsgruppen sind wohl im Landarbeiterberuf noch die ärgsten Mißstände zu verzeichnen. Wohl hat die Industrie mit der Hörigkeit der Landarbeiter durch Beseitigung der Gesindeordnung aufgeräumt, jedoch die immer mehr erstarkende Reaktion, speziell auf dem Lande, versucht hintenherum alle diese kaum beseitigten Abhängigkeiten wieder einzuführen. In Arbeitsordnungen, Tarif- oder „freiwilligen" Dienstverträgen wird das früher übliche Verdingen auf längere Zeit und damit die Abhängigkeit vom Arbeitgeber wieder eingeführt. Und wehe dem Arbeiter, der etwas auf Selbstbestimmung über seine Person oder Familie hält. Bei dem heute schon zu verzeichnenden Ueberangebot von landwirtschaftlichen Arbeitskräften und der Beschränkung der Freizügigkeit durch Verordnungen der Regierung wird der Landarbeiter der Gnade und Ungnade seines Arbeitgebers ausgeliefert. Die Behandlung, Verpflegung und Unterkunft sind darum auch vielfach beschämend. Rohe Behandlung, ungenügende, geringwertige und unsinnig verteuerte Verpflegung und gesundheitlich nicht einwandfreie Wohnung sind nichts Seltenes. Die „feinen", in ganz Landeshut schon bekannten Umgangsformen eines Oesler auf Kreppelhof, die Praktiken der Inspektoren auf den Dominien Schwarzwaldau und Pfaffendorf und anderwärts lassen auf die sogenannte Gleichberechtigung der Landarbeiter eigenartige Schlüsse zu. Der im März d. J. auf der Grundlage der jetzt in Kraft tretenden Getreidepreise abgeschlossene Tarifvertrag bringt bei der enormen höheren Bewertung der Naturalbezüge eine wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage für die Land- und Forstarbeiter mit sich. Das starke Anziehen aller Preise der Bedarfsartikel, die geplante weitere Verteuerung der Kohle durch neue steuerliche Belastung stellt von neuem das ganze Wirtschaftsleben auf den Kopf. Handwerker, kleine Geschäftsleute, Angestellte, untere Beamte, Industrie-, Landarbeiter und Kleinbauern stehen wiederum vor einer schweren Gefährdung ihrer Existenz. Auf der einen Seite zunehmender Wohlstand trotz Sabotage der Produktion, indem Tausende Morgen Ackerland brach liegen bleiben, und auf der anderen Seite trotz angestrengtester Arbeit Vermehrung des Elends. Hier kann nur eins helfen, indem sich Stadt- und Landproletarier einschließlich der kleinen Besitzer die Hände reichen zum Kampfe gegen das Kraut- und Schlotjunkertum und für die Befreiung aus den Fesseln der kapitalistischen Profitwirtschaftsform.

Landeshut. Der in der „Bergwacht" gemachte Versuch, den wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern flüchtig gewordenen, jetzt wieder zurückgekehrten Häusler der Kommunistischen Partei anzuhängen, wird durch die Wiederholungen nicht wahrer. Häusler war niemals Mitglied unserer Partei, ob und wo er politisch organisiert ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Dies zur Kenntnis der „Bergwacht".

Landeshut. In einer außerordentlichen Sitzung des Gewerkschaftskartells wurde nach eingehender Aussprache beschlossen, den sechs der anläßlich der Demonstration im Oktober vorigen Jahres wegen schweren Hausfriedensbruchs unter Anklage gestellten Kollegen und Kolleginnen einen Rechtsbeistand zu stellen. Die Mittel hierfür sollen durch einen Extrabeitrag aufgebracht werden. Des weiteren beschäftigte sich die Sitzung mit den persönlichen Angriffen, die im lokalen Teil der „Bergwacht" gegen die im Vordergrund der Bewegung stehenden Kollegen, soweit sie der Kommunistischen Partei angehören, dauernd unternommen werden. In der Aussprache wurde von allen Seiten ein derart gehässig geführter Kampf als arbeiterinteressenschädigend verurteilt und die Erwartung ausgesprochen, daß in Zukunft Gegensätze in sachlicher und anständiger Form ausgetragen werden. Dem Vorsitzenden des Kartells, Kollegen Müller, wurde einstimmig das weitere Vertrauen ausgesprochen.

Rote Hilfe.

Weiter ging ein: Ortsgruppe Jauer 102.—, Liste 140 Ortsgruppe Breslau 54.—, Liste 232 Ortsgruppe Liegnitz 5.—, Liste 230 Ortsgruppe Liegnitz 2.—, Liste 229 Ortsgruppe Liegnitz 2.—, Liste 227 Ortsgruppe Liegnitz 16.50, Liste 226 Ortsgruppe Liegnitz 4.—, Liste 225 Ortsgruppe Liegnitz 7.—, Liste 224 Ortsgruppe Liegnitz 2.—, Liste 223 Ortsgruppe Liegnitz 7.—, Liste 217 Ortsgruppe Breslau 21.—, 5233 Ortsgr. Breslau 31.30, 5247 Ortsgr. Breslau 14.70, 5248 Ortsgr. Breslau 6.50, 5249 Ortsgr. Breslau 11.—, 5250 Ortsgr. Breslau 11.50, 5246 Ortsgr. Breslau 53.70, 5245 Ortsgr. Breslau 4.—, 5244 Ortsgr. Breslau 6.—, 5243 Ortsgr. Breslau 1.—, 5463 Ortsgr. Liegnitz 100.—, 5462 Ortsgr. Liegnitz 93.50, 5461 Ortsgr. Liegnitz 95.50, 39 200 Ortsgr. N.-Hermsdorf 60.—, 39 880 Ortsgr. Hirschberg 30.—, 39 879 Ortsgr. Hirschberg 25.—, 39 870 Ortsgr. Hirschberg 63.—, 39 876 Ortsgr. Hirschberg 5.—, 39 875 Ortsgr. Hirschberg 5.—, 39 874 Ortsgr. Hirschberg 95.50, 39 873 Ortsgr. Hirschberg 24.—, 39 872 Ortsgr. Hirschberg 78.—, 39 871 Ortsgr. Hirschberg 20.—, 39 883 Ortsgr. Liegnitz 148.80 Mark.

Weiter gingen ein: Liste 39 302, Ortsgruppe Fellhammer, 66,40 Mk.; Liste 39 300, Ortsgruppe 65,50 Mk.; Liste 39 301, Ortsgruppe Fellhammer, 37,50 Mk.; Liste 39 304, Ortsgruppe Fellhammer, 43 Mk.; Liste 5416, Ortsgruppe Neukirch, 17 Mk.; Liste 1038, Ortsgruppe Nieder-Salzbrunn, 56 Mk.; Liste 1043, Ortsgruppe Nieder-Salzbrunn, 44,50 Mk.; Liste 1044, Ortsgruppe Nieder-Salzbrunn, 76,20 Mk.; Liste 1040, Ortsgruppe Nieder-Salzbrunn, 77 Mk.; Liste 19 108, Ortsgruppe Nieder-Salzbrunn, 10 Mk.; Liste 19 107, Ortsgruppe Nieder-Salzbrunn, 20 Mk.; Ortsgruppe Neustadt 100 Mk.

Gelder sind zu senden an: R. Belke, Bücherei, Breslau, Gräbschener Str. 45. Postscheckkonto 38 599 Breslau.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei. G. m. b. H., Berlin SW 48.

Breslau
Kaiserbrücke
Telef. Ring 192
Weltberühmter Zirkus Angelos
Täglich 7½
Sonntags 3½ u. 7½
Das 25 Sensationsnummern enthaltende wahre
ZIRKUS-Programm
Billettverkauf nur Barasch täglich 9-5 Uhr und eine Stunde vor Beginn an den Zirkuskassen. Telef. Ring 192.

BILLIGE preiswerte MÖBEL
pol. Schrank 480, Chaiselon 150, Plüschsofa 550, Waschtisch mit Marmor 360, Ausziehtisch 240, Nachttisch 75, Min.-Schreibtisch 490, Küchen-Büfett 300, Vertiko 300, Gard.-Schrank 200, Bettstelle mit Matratze 130, Schreibsessel, gr. Zimmer-Spiegel, Säulen mit schwer. Kristallglas 800, Waschtisch mit Kasten 95 Mark.
M. Giesel, Brüderstraße 23

Zeitungsträgerin
für Gräbschener Vorstadt gesucht.
Meldungen abends 5 bis 6 Uhr im
Verl. d. Schles. Arb.-Ztg., Nikolaistraße 49/50, 1 Tr.

Luna Park
Täglich geöffnet.

Zum Schulanfang
müssen die Kinder wieder neue Schuhe haben. Wir führen in unserer
Spezial-Abteilung für Kinderstiefel
sämtl. Arten von Kinderschuhwerk in bequemen Formen u. besten Qualitäten äußerst preiswert.

Schwarze echte Boxkalf-Stiefel .... Größe 25/26 66.50
dto. ..... Größe 27/30 85.50
dto. ..... Größe 31/35 98.50
Ia Boxkalf Rahmenarbeit echt pa. Chevreau, Hochschaft Größe 31/35 175.00, 27/30 159.00

Braun prima Boxkalf-Stiefel Restbestände Größe 27/30 129.50, 99.50
dto. Größe 31/35 139.50, 109.50
Ia br. Rindbox-Agraffen dto. Hochschaft Größe 31/35 165.00, 27/30 145.00

Weiß-Leinen-Stiefel gute Verarbeitung, Restbestände Größe 28/26 38.00
dto. ..... Größe 27/30 48.00
dto. ..... Größe 31/35 58.00
Prima Weiß-Leinen beste Ausführ. Gr. 31/35 72.00, 27/30 67.00, 25/26 52.50

Knaben-Rindbox-Stiefel sehr haltbar ... Größe 36/39 135.00
Mädchen-Roß-Chevreau-Stiefel Hochschaft Größe 36/39 165.00
Sandalen braun Rindleder durchgenäht und auf Rand gearbeitet in großer Auswahl.

Grau Segeltuch-Turnschuhe mit Ledersohlen .. Größe 27/32 19.50
Grau Jahn-Turnschuhe mit Chromledersohlen und Gelenkleder.
Braun Segeltuch-Turnschuhe mit Gummisohlen in allen Größen.

= Alleinverkauf für Breslau! =
Dr. Diehl-Stiefel
Jugend-Stiefel „Petto"

Klausner
Breslau Ohlauerstraße 5/6

Wir haben unsere
Strumpf-Abteilung
bedeutend vergrößert und führen Strümpfe u. Socken in allen Ausführungen und Farben
zu billigsten Preisen.

Der Moskauer Weltkongreß.

Fortsetzung der Diskussion über die Taktik.

(Fortsetzung aus der Beilage vom Sonnabend, den 13. August.)

Genossin Klara Zetkin:

Genossinnen und Genossen! Ich wehre mich dagegegen, daß man hier einen Fall Zetkin konstruiert und einen Fall Zetkin behandelt nach dem Fall Levi. Es hat der grundsätzlichen Erörterung und Klärung der umstrittenen Frage außerordentlich geschadet, daß statt meines Dafürhaltens der Bankrott der revolutionären Offensivtheorie der Zentrale und ihr Rückzug auf die Defensive der Märzaktion, der Fall Levi erörtert worden ist, und ich möchte nicht dazu beitragen, daß hier ein Fall Zetkin für den Kongreß die gleiche Rolle spielt.

Zur Sache selbst habe ich das folgende zu sagen. Ich bekenne, ich spreche es ganz rückhaltlos aus, daß ich einsehe, nicht nur einen ,sondern zwei Fehler gemacht zu haben, und zwar große Fehler. Nämlich, daß ich in der Märzaktion nicht scharf und klar genug die Aktion, den Kampf der proletarischen Masse von der Leitung durch die Zentrale der Partei unterschieden habe, und zweitens, daß ich nicht scharf genug den sicherlich guten ehrlichen Willen der Zentrale von ihrer ganz unzulänglichen theoretischen und politischen Einstellung zu der Aktion getrennt habe.

Sehen Sie, ich habe mich noch nie gescheut, zu sagen, ich war ein politischer Säugling und habe aus den Ereignissen gelernt.

. . . Ferner auch die notwendige organisatorische Einstellung der Partei. Meines Erachtens hat die revolutionäre Offensive, wie die Zentrale sie sich dachte, gegen diese elementarsten Vorbedingungen eines Vorstoßes verstoßen. Sie würdigte nicht die Situation, sondern ging von theoretischen Spekulationen über wirtschaftliche, politische Möglichkeiten aus, die nahe lagen, die eintreten konnten, denen aber auch wieder andere Tendenzen des wirtschaftlichen und politischen Lebens als bereits verwirklichte Tatbestände gegenüberstanden, als solche im Bewußtsein der Massen lebendig, willenskräftig gewesen wären. Das hatte man übersehen.

Man glaubte dem durch einen Beschluß abhelfen zu können, der in der Retorte von Parteiinstanzen fabriziert wurde und der die Instanz einer innerlich, politisch geistig noch nicht vorbereiteten Partei herbeiführen sollte. Und das kam recht deutlich zum Ausdruck darin, daß die Hauptlosung sein sollte: Sturz der Regierung. Hier liegen genug Beweise vor, das geht auch hervor aus der Reichstagsrede Fröhlichs ,wo er den meines Dafürhaltens sehr kühnen Ausspruch tat, die historische Situation in Deutschland sei die gleiche, wie am Vorabend der Erklärung der ungarischen Rätediktatur, wo Fröhlich seine Rede damit schloß: Wir rufen die Proletarier zum Kampf für den Sturz der Regierung auf. Gewiß, Sturz der Regierung, ich wäre die Letzte, die davor zurückschrecken würde, ihn herbeizuführen. Aber es kamen nicht unsere Wünsche in Betracht, sondern ein anderes: erkennen in diesem Augenblick die Massen den Sturz der Regierung als ihr nächstes unmittelbares Kampfziel?

Genossinnen und Genossen, meine Auffassung ist die, weil die Zentrale eine irrige politische Einstellung von der revolutionären Offensive hatte, kam sie auch zu einer falschen Einstellung zu dem Märzkampf und war sie auch außerstande, die Märzaktion so durchzuführen, wie es notwendig gewesen wäre. Wie das möglich gewesen wäre, hat Gen. Radek geschildert. Ich will nicht darauf eingehen, ich hebe nur das eine hervor, was mich von diesen Ausführungen unterscheidet. Meiner Ansicht nach waren die Fehler der Märzaktion nicht jene, wie sie bei jedem Kampfe vorkommen, sondern sie waren organisch begründet in der irrigen Theorie von der Offensive. Und die Klärung der Frage wäre viel leichter und schmerzloser gewesen, wenn die Verteidiger der revolutionären Offensive in eine unbefangene Kritik und Prüfung getreten wären.

Und, Genossinnen und Genossen, dieser Kampf ist herausgewachsen aus der Sorge, daß, wenn die künftig notwendigen Aktionen, die Lebensfrage für die Partei sind, nach dem gleichen Schema dieser Theorie weitergeführt werden sollen, daß dann die Partei daran zugrunde geht, und daß mit ihr das revolutionäre Proletariat Deutschlands die notwendige Fühlung verliert. Ich will hier noch eines sagen. Aus dieser Ueberzeugung heraus, daß die falsche Theorie, die in den Thesen unserer russischen Freunde verurteilt wird, nicht die Folge, sondern der Uebergangspunkt zur Praxis war, daß die Märzaktion, die Art und Weise ihrer Durchführung, die erste praktische Probe aufs Exempel der Theorie war ,aus dieser Ueberzeugung heraus ist unser Abänderungsantrag zu diesem entsprechenden Paragraphen gefaßt worden. Und noch eines unterscheidet uns, unsere russische Freunde, und ich spreche diese Auffassung unumwunden aus, obgleich ich dabei auf schärfsten Widerspruch stoße. Ich und viele Genossen in Deutschland und in anderen Ländern stehen grundsätzlich auf dem Boden, daß die Kritik an den Fehlern und Irrtümern der Partei nicht beschränkt werden kann auf die Parteiorganisationen, auf die Parteiorgane, sondern daß sie hinausgehört in die breiteste Oeffentlichkeit und vor die Massen selbst.

Was die hier vorgelegten Thesen anbetrifft, so bin ich der Ansicht, daß manche Stellen noch schärfer formuliert, der Wille zum Kampf, zum kräftigen Vorstoß noch deutlicher ausgesprochen werden muß. Das sind lediglich kleine Sachen der Retouche in der Kommission. Ich halte es für wichtig, daß auf Seite 16 ein positiver Antrag eingefügt wird ,nämlich ein Absatz, welcher die Parteien von Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg verpflichtet, planmäßig und dauernd zusammenzuarbeiten, die Arbeitermassen in dem großen Zentrum der Kohlen- und Erzgewinnung von Westeuropa für den revolutionären Kampf zu mobilisieren. Und den entsprechenden Antrag auch für das Zusammenwirken unserer Kommunistischen Parteien in Deutschland, in Polen und in der Tschechoslowakei. Ich glaube, das sind Forderungen, die sich von selbst begründen, und über die ich nicht sprechen will. Ich kann es in der Kommission tun. Ich will damit schließen, daß meiner Auffassung nach es sich um eines handelt, nicht um Personen miteinander zu versöhnen, nicht um Vertuschungspolitik zu treiben, wir sind persönlich darum, den grundsätzlichen Boden zu schaffen, auf dem die Kommunistische Partei Deutschlands den gewaltigen Zukunftsschlachten entgegensehen kann. Dieser grundsätzliche Boden wird meines Dafürhaltens geschaffen durch die Thesen Trotzkys, durch die Thesen des Genossen Radek. Sie enthalten die gewaltige Aufforderung an das Proletariat: Wie immer die Situation sein möge, Ihr seid zur Aufbringung der äußersten Energie, zum revolutionären Kampf verpflichtet. Ihr müßt in Eurer Taktik die nötige Elastizität bewahren, um allen Situationen gegenüber gerüstet zu sein. Ihr müßt Eurer Partei die Vorstoßkraft geben, um in jedem Augenblick den Endkampf aufnehmen zu können, denn wir wissen nicht, ob irgendwelche Ereignisse nicht wie der Dieb in der Nacht kommen. Ihr müßt aber auch die Stoßkraft bewahren, um auszuhalten, wenn der Endkampf noch nicht so rasch kommt. Und ich begrüße es besonders, daß beide Thesen sich zusammenwerfen und herausgehen aus den Reihen unserer russischen Genossen, getragen von ihrer theoretischen Einsicht und vor allem von ihrer revolutionären Erfahrung. Denn ich sage es: wir danken unseren russischen Brüdern, wir danken dem russischen Proletariat mehr noch als bloß die Erkenntnis der Methoden und der Mittel des Kampfes in dieser Periode, wo die alte Welt in der Weltrevolution zugrunde geht. Wir danken unseren russischen Brüdern vor allen Dingen eins, die das Beispiel gezeigt haben welche wichtige, welche zuletzt entscheidende Kraft und Macht im revolutionären Kampf der Wille ist. Ein Wille, der alle konkreten Möglichkeiten ins Auge faßt, ein Wille, der dabei unverbrüchlich auf das Endziel gerichtet ist oder richtiger auf die nächste Etappe des Ziels: die Eroberung der politischen Macht und die Aufrichtung der proletarischen Rätediktatur als das große Tor, durch das die Weltrevolution kommt. (Lebhafter Beifall und Applaus)

Sinowjew: Genossen, es wurde hier ziemlich viel darüber gestritten, ob man die Politik gegenüber links und rechts gerecht verteilt hat. Ich habe das Gefühl, daß man in dieser Frage die Lage etwas zu primitiv beurteilt.

Ich komme jetzt zur deutschen Frage. Ich will zunächst feststellen, daß die Frage der Märzaktion ziemlich nahe an einer Lösung ist, die vielleicht einstimmig beschlossen werden kann. Ich entnehme einem Antrag, der uns vorliegt, gezeichnet Franke, Neumann, Malzahn, Zetkin folgenden Satz: „Trotz der irrigen Einstellung und der mangelhaften Durchführung der Märzaktion wertet der Dritte Kongreß der Kommunistischen Internationale die Märzaktion als Kampf, der den Willen zur Aktivität bekundet, und damit als einen Schritt nach vorwärts. Er gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die VKPD. mit höchster Energie daran gehen muß, durch die gesteigerte Aktivität auf allen Gebieten sich dauernd und stetig auf die Führung der Kämpfe einzustellen, die aus der Situation in Deutschland jederzeit hervorbrechen können."

Genossen, wir können mit Genugtuung feststellen, daß wir nahe daran sind, in dieser heiß umstrittenen Frage einstimmig zu beschließen, was zu beweisen war, was das Ziel unseres Kongresses war. Dieser Satz bedeutet wirklich einen Schritt vorwärts, denn wenn man jetzt unsere russischen Thesen, den Abänderungsantrag Zetkins und sogar den Abänderungsantrag den die Delegation der VKPD. vorschlägt, vergleicht, so sind noch manche Meinungsverschiedenheiten da, aber wir sind nahe an der Grenze, Einstimmigkeit zu erreichen. Das muß man konstatieren. Es wäre platt, von dieser Tribüne aus zu untersuchen, wer einen Schritt des Entgegenkommens gemacht hat. Wir sind hergekommen, um zu untersuchen, nicht um Rechthaberei zu treiben, nicht um die Lage in Deutschland noch mehr zuzuspitzen. Wir sind in der Tat nahe daran, einstimmig zu beschließen, das wird ein sehr wichtiges Resultat unseres Kongresses sein.

Genosse Malzahn hat sich gestern beschwert, daß Genosse Heckert etwas zu scharf gesprochen hat. Ich habe Heckert nicht gehört, nur einen Teil seiner Rede, aber es ist klar, daß hier ziemlich heftig über die Lage in Deutschland gesprochen worden ist. Ich muß sagen, Gen. Malzahn war in dieser Beziehung auch nicht sanft. Aber das ist wirklich eine Frage, die nicht so große Bedeutung hat, ob sanft oder hart. Es handelt sich darum, was weiter werden soll. Malzahn hat sich auf den Satz berufen, den ich gesprochen habe, daß es sich nicht darum handelt, an der Märzaktion herumzutrampeln, sondern was weiter kommen soll. Diese Frage muß der Kongreß jetzt lösen. Die Antwort kann nur eine sein: Auf keinen Fall noch eine neue Spaltung in den Reihen der Deutschen Kommunistischen Partei. Ich weiß wirklich nicht, ob unsere Partei noch eine Spaltung vertragen kann. Es sind auch keine Gründe dafür vorhanden, nachdem man dazu gekommen ist, die Thesen die unsere russische Delegation vorgeschlagen hat, einstimmig annehmen zu können. Darum muß der Kongreß auf die Verständigung drängen. Die deutsche Frage ist keine nationale, sondern eine im höchsten Grade internationale Frage; die deutschen Krankheiten sind internationale Krankheiten. Darum haben wir das höchste Interesse, im Namen des ganzen Kongresses auf eine Einheit zu drängen. Gewiß, wir wissen gut, daß mit Phrasen über Einheit nichts zu erreichen ist. Sollte die Lage so sein, daß eine Einheit unmöglich ist, so wären Phrasen über Einheit eine Dummheit. Aber liegen die Dinge in Deutschland so, daß die Einheit unmöglich ist, bestehen Meinungsverschiedenheiten, die unüberbrückbar sind? Ich sage nach dieser ganzen Diskussion: nein. Wenn wir jetzt von der deutschen Delegation die Einheit fordern, so geschieht das nicht aus Friedensduselei, sondern es ist ein Gebot der Internationalität, das die beiden Gruppen erfüllen müssen und werden. Wir reden nicht nur von Einheit, sondern wir geben auch den Boden, auf dem die Einheit vor sich gehen soll. Dieser Boden sind die Thesen, die wir ihnen vorgeschlagen haben, zu denen fast alle Delegationen im Prinzip stehen. Darum schlagen wir den deutschen Genossen, die auf diesem Boden stehen, nicht nur jene papierne, sondern eine wirkliche Einheit vor, nicht nur in Worten eine Einheitlichkeit, sondern eine wirkliche Einheit und wir sind der Ueberzeugung, daß diese Einheit durchgeführt werden wird. Die Zentrale hat ihre Fehler, die sie gemacht hat, in vielen Beziehungen erkannt. Die Opposition hat hier durch den Mund der Genossin Zetkin erklärt, sie sehe jetzt ein, daß der Kampf große historische Bedeutung hatte. Das ist das Wichtigste.

Ich komme nun auf Heckerts Rede zu sprechen. Sie werden sich erinnern, wie der Schluß dieser Rede aufgenommen worden ist. Mit großer Wärme. Warum? Glauben Sie wirklich, daß der ganze Kongreß dem Genossen Heckert in seiner scharfen Polemik gegen die Genossin Zetkin zustimmen wird? Ich glaube das nicht. Nur teilweise hat er zugestimmt. Warum war der ganze Kongreß mit seinem Herzen auf Seite dieser Genossen, wo es sich um die Hauptfrage, um die Märzaktion handelt? Darum, weil hinter diesen Genossen doch der Kampf der Proletarier steht, weil es ein großer Kampf war, weil wir mit Herz und Seele dieses Kampfes gedenken, weil wir trotz aller großer Fehler das Gefühl haben, daß das ein großer Kampf war, an dem große Massen, Hunderttausende von Proletariern teilgenommen haben, weil sich an diesen Kampf so große Opfer an Blut und Leben der besten Proletarier Deutschlands knüpfen. Darum haben wir alle das Gefühl, daß trotz aller Fehler hier etwas ist, was wir doch mit der Seele unterstützen müssen. Wenn das jetzt von beiden Seiten verstanden worden ist, so glaube ich, ist das Haupthindernis überwunden. Es ist klar, daß man nicht von einem bakunistischen Putsch sprechen kann, sondern von großen Fehlern, daß man zu dieser Sache stehen muß, daß man jetzt aufhören wird, mit einem gewissen Behagen alles aufzugreifen, was die Schwäche der Partei nach der Bewegung beweisen soll. Gewiß hat unsere Partei sehr große Schwächen. Man soll sie nicht verhüllen, aber man soll nicht so selbstzufrieden alles das sammeln, was war und was nicht war, um zu beweisen, die Partei ist verloren, wie das Levi in seiner Broschüre von der ersten Zeile an ausgesprochen hat. Dieses alles ist vorüber. Es war eine Bewegung, man muß die schwachen Seiten sehen, man muß auch die großen Seiten der Bewegung schätzen und sie unterstützen und sie nicht so darstellen, als ob die Partei verloren sei. Dann ist die Brücke gebaut und die Einheit möglich. Organisatorisch muß die Internationale gewisse Garantien haben, daß die Mehrheit der Zentrale die Beschlüsse dieses Kongresses gewissenhaft ausführen wird, daß sie die Fehler nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis erkennen und versuchen wird, sie zu überwinden. Wir sind überzeugt, die Genossen werden es auch tun. Von der Gruppe der Opposition müssen wir auch organisatorische Garantien fordern. Diese Fraktion, die sich gebildet hat, muß als Fraktion aufhören zu existieren. Es darf keine Partei in der Partei geben. Es ist absolut ausgeschlossen, daß wir in der Kommunistischen Internationale so etwas vertragen können. Wenn die Genossen wirklich die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale gewissenhaft durchführen wollen, so muß ihr erster Entschluß sein: Loslösung von dieser Gruppe, keine Sonderbündelei.

Ich muß hier mitteilen, daß einer unserer Vertreter mir gestern einen Brief zugestellt hat, worin er mitteilt, daß Däumig Bezirkskonferenzen der Opposition organisiert. Ich weiß nicht, ob das wahr ist. Ich weiß, daß in der Hitze des Gefechts oft Anschuldigungen erhoben werden, die bei näherer Prüfung nicht standhalten. Also man muß das cum grano salis nehmen. Aber nachdem Sie auf dem Kongreß die Fehler anerkannt und das gewissenhafte Urteil des Kongresses hervorgerufen haben, müssen wir Garantien haben, daß keine Sonderbündelei weiter bestehen bleibt.

Genossen, selbstverständlich müssen wir auf unserem Kongresse nicht die Sitten der 2. Internationale wieder herstellen. Wir müssen nicht um jeden Preis Einstimmigkeit suchen, nicht Parade machen, nicht einander gratulieren, sondern klar und offen aussprechen, was wirklich ist. Aber dennoch, glaube ich, müssen wir alles Mögliche tun, um zu versuchen, Einstimmigkeit in unseren Reihen, in den Reihen der Kommunisten zu erreichen.

Ich glaube auf Grund der ganzen Debatte, die wir hier geführt hatten, in den schwersten Fragen der Bewegung doch eine einheitliche Linie feststellen zu können. Man wird fragen: ist das ein Ruck nach rechts, wie es schon manche hier sagen? Das ist dummes Zeug. Wer dem 2. Kongreß beigewohnt hat, der wird sich erinnern, daß wir auf dem 2. grundlegenden Kongreß auch manches an der sogenannten Linken ausgesetzt, und daß aber das, was wir im Großen und Ganzen auf dem zweiten Kongreß ausgearbeitet haben, ein Schlag gegen die Rechte und den Zentrismus war. Und ich glaube, ein solcher Todesstoß werden auch unsere Beschlüsse des 3. Weltkongresses für diese Herrschaften sein. (Lebhafter Beifall und Applaus.)

Gen. Thälmann:

Ich bin der Meinung, daß es unmöglich ist, wenn innerhalb der Kommunistischen Internationale zwei Strömungen bestehen, diese künstlich zusammenzukitten. Sinowjew hat gesagt: in Italien seien jetzt noch außerordentlich schwere Kämpfe durchzuführen, man sei gezwungen, dort die Massen zu wecken, die sich noch einbilden, daß Serrati heute noch für Sowjetrußland Sympathien habe. Die italienischen Arbeiter haben gesehen, daß die Serratiner, die ihr Vertrauen genossen, als die Kämpfe ausbrachen, diesen Kämpfen ausgewichen sind, sie nicht so auswirken ließen und nicht so unterstützten, daß sie sich in einen Kampf um die Erringung der politischen Macht einlassen konnten. Es besteht die Gefahr, daß die zentristischen Strömungen Gelegenheit haben werden, bei einem Vorgehen der Bourgeoisie dieselben Tendenzen durchzusetzen und zu sagen, wir dürfen nur Kämpfe aufnehmen, wenn die Mehrheit des Proletariats hinter uns steht. Ich berufe mich auf Genossen Sinowjew, daß die Bourgeoisie die junge kommunistische Partei aus ihrem Loch herauslocken könnte. Es heißt in den Thesen zur Taktik, die Märzaktion ist ein Schritt vorwärts, ein aufgezwungener Kampf. Das heißt, daß die Kommunistische Partei, als ihr der Kampf von der Bourgeoisie aufgezwungen wurde, vor die Frage gestellt wurde, entweder mit Protesten demonstrativer Natur vorzugehen, oder die in Mitteldeutschland kämpfenden Brüder zu unterstützen. Die Masse in Deutschland hätte es nicht verstanden, wenn man ihre mitteldeutschen Brüder hätte verbluten lassen. Auch am 17. März war es die Einstellung einzelner Bezirke, die verlangten, daß die Partei endlich aus ihrer Demonstrationspolitik herauskomme, nicht nur das Verlangen der Zentrale allein ist es gewesen.

Wenn die Kommunistische Partei in der Märzaktion die Elite des kämpfenden revolutionären Proletariats im Stiche gelassen hätte, so hätte es bedeutet, daß man den revolutionären Flügel von der kommunistischen Partei getrennt hätte. Das ist das Wichtigste, und das haben wir in der Situation erkannt.

Wir haben in dieser Frage auch zu erkennen, daß Genossen und Genossinnen in der Partei, die sich noch vordem auf den Standpunkt gestellt haben, daß die Märzaktion ein bakunistischer Putsch sei, auf dem Kongreß zur Ueberzeugung gekommen sind, daß das eine falsche Auffassung gewesen ist.

Stellen Sie sich einmal vor: In einem Augenblick, wo alles gegen die auf Tod und Leben kämpfende Kommunistische Partei wütete, gehen die Genossen und Genossinnen, die in der Partei sind und bereits in einer anderen Frage ganz klar gezeigt haben, daß der Weg der Partei ihnen nicht gefällt, dazu über, der Partei so in den Rücken zu fallen, wie Kautsky durch seine Broschüren der russischen Revolution im Jahre 1918. Das war eine Situation, in die man sich hineindenken muß. Eine solche Kritik können vielleicht Männer begreifen, die in der Partei stehen und theoretisch in ihr arbeiten, aber wie sollen die Massen reagieren, wenn sie sehen, daß in einer Partei solche Strömungen vorhanden sind, wo die straffste Disziplin und Zentralisation herrschen sollte? Innerhalb der Partei können solche Differenzen ausgetragen werden, aber nicht in der Oeffentlichkeit. Das ist das Verbrechen, das die Genossen begangen haben. Die Genossen hatten nichts anderes zu tun, als sich der Disziplin der Partei und ihrer Beschlüsse zu unterwerfen.

Sinowjew sagte, wir können in Deutschland eine Spaltung nicht vertragen. Das ist richtig. Aber wir haben die Beweise dafür in der Hand, daß man in der Partei schon heute dazu übergegangen ist, sich zur Spaltung zu organisieren. Genosse Däumig hat in Berlin bereits Versammlungen abgehalten, in denen man einen Apparat aufstellen will, der bezweckt, die Partei zu zerschlagen. Diese Gefahr besteht nicht von links, denn ich behaupte, daß in allen Bezirken Deutschlands die gesamte [illegible] der Partei

stand, und daß Genossin Klara Zetkin und die anderen, die eine kleine Minorität, vielleicht 5—7 Prozent hinter sich haben, doch versuchen, in der Oeffentlichkeit und hier auf dem Kongreß zu zeigen, welch mächtige Position sie einnehmen. Deswegen ist es eine Gefahr, wenn man ihnen Rechnung trägt und die scharfen Waffen gegen die Genossen anwendet, die auf Grund der ganzen ökonomischen Verhältnisse gezwungen sind, das Proletariat in die Aktivität hineinzubringen. Wir haben bereits auch in Hamburg in Mitgliederversammlungen über die großen Fehler, die organisatorischen Mängel, über die falsche theoretische Einstellung gesprochen, sie scharf kritisiert und zum Ausdruck gebracht, daß wir für die Zukunft aus diesem Kampf gelernt haben. Deswegen ist dieser Kampf nicht eine Niederlage für die Partei gewesen, wohl eine für das Proletariat, aber für die Partei war es ein Sieg nach der Richtung hin, daß sie von den Massen gestärkt aus diesem Kampf hervorgegangen ist. Das Proletariat hatte selbst im März und Februar gesagt, daß wir immer zu Demonstrationen und dergleichen übergingen und dem Kampf auswichen, wenn es sich um große Lohnbewegungen, um Kämpfe handle. Wir stehen in Deutschland auf dem Standpunkt, daß die Partei sich bei den inneren Kämpfen und bei der Zuspitzung der auswärtigen Lage auf der Linie der Beschlüsse des 2. Internationalen Kongresses entwickeln muß.

Die Märzaktion hat uns in dieser Beziehung Recht gegeben. Man kann nicht sagen, wie Lenin gesagt hat, man soll den schärfsten Kampf denen ansagen, die die Abänderungsanträge gegen die russischen Thesen vorgelegt haben. In der Kommunistischen Partei ist es das gute Recht jedes Genossen, nach den ökonomischen Verhältnissen jedes Landes das in die Thesen hineinzubringen, was unbedingt hineingehört. Außerdem waren die scharfen Worte Lenins auch deswegen nicht am Platze, weil er am Schlusse seiner Rede selbst sagte, daß eine kleine, kommunistische Partei in der Lage sei; im Kampfe große Massen, sogar Millionen, bis zur Erringung der politischen Macht zu bringen. In diesem Sinne ist ein Teil der Abänderungsanträge gehalten.

Ich weise darauf hin, daß die bisherige Einstellung der Kommunistischen Partei in Deutschland eine andere ist, und selbst wenn mit den Thesen unsere Abänderungsanträge angenommen werden sollten, was ich bezweifle, dann muß sich die Partei umstellen und schon dadurch eine Krise durchmachen.

Ich bin so disziplinarisch, dazu habe ich mich durchgerungen, daß ich die Beschlüsse befolge. Aber ich weise darauf hin, daß die Einstellung der Kommunistischen Partei in Deutschland eine andere ist und daß sie auf Grund der Abänderung der Thesen einen Umfang annehmen wird, der bei dem krisenhaften Zustand in Deutschland außerordentlich schwer ist. Wir werden einen schweren Kampf mit den Parteien haben, die rechts von uns stehen, sie werden uns alles unter die Nase reiben und sagen, es ist ja kein großer Unterschied zwischen Euch und uns, und ich bin so offen, das zu sagen, was bei den gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen in Deutschland wirklich vorhanden ist und sich ergeben wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Gen. Trotzki: Ich werde meine Ausführungen über die Märzaktion mit der Erörterung der Amendements beginnen, die vorgeschlagen worden sind. Denn wir werden zwischen zwei Tendenzen zu wählen haben. Von redaktionellen und sachlichen Ergänzungen zu der ursprünglichen Fassung der Thesen will ich natürlich gar nicht sprechen. Wir werden also zwischen Tendenzen zu wählen haben. Zwischen der einen Tendenz, die hier vom Gen. Lenin, Gen. Sinowjew und in erster Linie vom Gen. Radek, der ja den Bericht erstattete, und jetzt von mir verteidigt, und dann sind da diese Aenderungen, diese Vorschläge, in denen man eine andere Tendenz zum Ausdruck bringt, oder bringen möchte. Daher ist es wichtig, daß man sich mit diesen Abänderungsvorschlägen beschäftigt. Ich will mich nur auf jenen Passus beschränken, der sich auf die Märzaktion bezieht. Unsere Vorschläge sagen darüber, daß wir die Märzaktion „als einen der VKPD. durch den Angriff der Regierung auf das mitteldeutsche Proletariat aufgezwungenen Kampf ansehen, daß wir das mutige Auftreten der VKPD. anerkennen, die dadurch bewiesen hat, daß sie die Partei des revolutionären Proletariats Deutschlands ist". Dann deckt man die wichtigen Fehler auf, die bei diesen Aktionen begangen worden sind und dann erteilen wir zum Schluß folgenden Rat:

„Die VKPD. muß im Interesse der sorgfältigen Abwägung der Kampfesmöglichkeiten aufmerksam die Stimmen berücksichtigen, die auf Schwierigkeiten der Aktionen hinweisen und sie auf ihre Berechtigung sorgfältig prüfen. Aber sobald eine Aktion von den Parteibehörden beschlossen wird, haben sich alle Genossen den Beschlüssen der Partei zu fügen, um diese Aktionen durchzuführen. Die Kritik an Aktionen darf nur nach ihrem Abschluß beginnen, sie darf nur in Parteiorganisationen geführt werden und muß Rücksicht nehmen auf die Lage, in der sich die Partei dem Klassengegner gegenüber befindet. Da Levi diese selbstverständlichen Forderungen der Parteidisziplin und die Bedingungen der Parteikritik mißachtet hat, heißt der Kongreß seinen Ausschluß aus der Partei gut und hält jede politische Mitarbeit der Mitglieder der Kommunistischen Internationale mit ihm für unzulässig."

Gen. Heckert hat in seiner interessanten Rede uns ein Bild der Märzaktion gegeben in dem Sinne, man habe eine sehr stark zugespitzte Lage gehabt. Die Frage der Reparationen, die Ruhrbesetzung, Oberschlesien, ökonomische Krise, Arbeitslose, große Streiks. In diesem ganzen Rahmen der weltgeschichtlichen Bewegung verschärften sich noch die Gegensätze, und da gab so zu sagen den letzten Anstoß für den Angriff der Partei die Bewegung der Arbeiter Mitteldeutschlands. Wahrlich ein schönes, ehrliches, ökonomisches Bild. Aber ein anderer Genosse, der dieselbe Aktion verteidigte, entwarf uns ein ganz entgegengesetztes Bild. Nämlich die internationale Lage war ziemlich konfus und sie steuerte im großen und ganzen einem Kompromiß zu. Die oberschlesische Frage schwebte in der Luft. Sie konnte auch keine revolutionäre Wirkung ausüben. Die Entwaffnungsfrage in Bayern. Die „Rote Fahne" erklärte stets im Gegensatz zu Heckerts gestriger Rede, es werde immer klarer, daß man die Angelegenheit mit einem Kompromiß auf Kosten der revolutionären Arbeiterschaft Bayerns und ganz Deutschlands erledigen werde und zwar, ohne große weltpolitische Zusammenstöße und ohne Zusammenstöße zwischen der deutschen und bayerischen Regierung. Und die innere Konstellation, die Sozialdemokraten nehmen an der Regierung zur Hälfte teil, zur Hälfte bilden sie Opposition. Die Unabhängige Partei verfährt ebenso, und sie nähert sich immer mehr den Sozialdemokraten. Die Gewerkschaften, die bürokratische Führerschaft ist ganz gegen uns. Und welcher Schluß ist daraus zu ziehen? Derselbe Genosse sagt uns ja, es herrschte in der Arbeiterschaft ein Wall der Passivität und es galt, diesen Wall der Passivität zu brechen durch die revolutionäre Initiative einer entschlossenen Minderheit. Heckert sagte dagegen, alles war in Aufruhr, alles war aufgewühlt. Sturm und Drang. Und dann kam die mitteldeutsche Geschichte. Der andere Genosse sagt: alles war versumpft. Es war ein Wall der Passivität vorhanden. Wir mußten durchbrechen, koste es, was es wolle. Jedes dieser Bilder ist an sich vortrefflich als ein in sich geschlossenes logisches Bild, aber ich meine, sie passen kaum zu einander. Ein anderer Genosse wieder, es war Gen. Koenen, meinte, es herrschte in Mitteldeutschland heller Aufruhr und ringsumher Passivität. Es war Aktivität in die Passivität eingekapselt. Man gewinnt aus alledem den Eindruck, daß die Mitglieder der deutschen Delegation die Sache noch immer so ansehen, daß man sie um jeden Preis verteidigen muß, nicht untersuchen, nicht analysieren, und alles was wir hören, ist so zu sagen nur das Mittel; der Zweck ist aber, daß man die Märzaktion vor der Internationale um jeden Preis verteidigt. Das wird ja kaum gelingen, und dabei ist für mich das die Hauptsache, worauf Gen. Thälmann hingewiesen hat. Er hat gesagt, wenn wir die Thesen und sogar die Abänderungsvorschläge annehmen, so „werden wir in unserem Lande eine Umstellung machen", und ich glaube, unser tapferer und hartnäckiger Gen. Thälmann hat damit recht, er muß eine sehr gute Fühlung mit den Massen haben.

Gen. Thälmann: Jawohl, ausgezeichnete Fühlung.

Gen. Trotzki (fortfahrend): Ich bezweifele das gar nicht, insbesondere, wenn ich den Geist der Verfassung in Betracht ziehe, in der manche Genossen aus Deutschland gekommen sind, oder in der sie in Deutschland manche Artikel und Broschüren veröffentlicht haben. Sie hatten ja eine Zeitlang lange, unbequeme Reise nach Rußland, um etwas kühler die Situation zu betrachten. Es sind die Thesen dann gekommen, die auf harten Widerstand stießen. Später folgte die mündliche Aussprache mit anderen Delegationen und auch mit der russischen, und da mußten die deutschen Genossen bemerken, daß die Genossen der Internationale die Dinge nicht mit der Brille der Deutschen ansehen. Da beginnen sie einen gewissen strategischen Rückzug anzutreten. Und Gen. Thälmann und andere Genossen sagen sich, wir müssen mit Thesen zurückkommen, die uns nicht desavouieren. Wir wollen übrigens das auch nicht, wir wollen die Partei keineswegs desavouieren, denn die deutsche Partei ist eine unserer besten Parteien. Aber die ganze Auffassung der Märzaktion, die Bedingungen des Kampfes und des Sieges sind hier so aufgerollt, daß manche Artikel, manche Reden, manche Zirkulare der deutschen Zentrale, ihrer Mitglieder, als etwas ganz Schroffes und Gefährliches aufgefaßt werden müssen. Das ist die Hauptsache. Sie wollen die Situation in dem Sinne beeinflussen, daß man Ihnen keine präzise Resolution gibt, sondern eine konfuse Resolution, in die Sie allmählich den neuen Sinn, dem Sie vielleicht doch ein wenig ihr Gehör leihen möchten, allmählich und unmerklich hineininterpretieren wollen. Das ist die Hauptsache. So kann es nicht gehen. Denn wie wir die Gefahr auffassen, ist sie viel zu groß, um diesen Spielraum für das allmähliche und unmerkliche Austoben dieses Offensivgeistes zuzulassen. Darauf werden wir unter keinem Fall eingehen, das ist ausgeschlossen.

Die Offensivphilosophie, die absolut unmarxistisch ist, ist folgendem seltsamen Geist entsprungen: Es bildet sich allmählich der Wall der Passivität heraus und das ist ein Unglück, das die Bewegung versumpft. Also auf! diesen Wall zu brechen! Ich meine, in diesem Geiste hatte man im Laufe einer gewissen Zeit eine ganze Schicht der leitenden, halbleitenden Genossen der deutschen Partei erzogen, und sie warten, was der Kongreß darüber sagen wird. Und wenn wir nun sagen, wir schleudern Paul Levi zum Fenster hinaus und über die Märzaktion nur in ganz konfusen Redensarten sagen, sie sei der erste Versuch gewesen, ein Schritt nach vorwärts, mit einem Wort, daß wir die Kritik phraseologisch verdecken, so haben wir damit unsere Pflicht nicht erfüllt. Wir sind verpflichtet, der deutschen Arbeiterschaft klipp und klar zu sagen, daß wir diese Offensivphilosophie als die größte Gefahr und in der praktischen Anwendung als das größte politische Verbrechen auffassen.

Ich bin ganz mit dem Genossen Sinowjew einverstanden und hege wie er die Hoffnung, daß wir auf diesem Kongreß ganz einheitlich unsere Tätigkeit festlegen werden, und ich glaube, daß wir in dieser hauptsächlichen, taktischen Frage keine großen Zugeständnisse an die sogenannte Linke werden machen können.

Wir sehen keine Partei links von uns, denn wir sind die Internationale, die kommunistische, marxistische Internationale, wir sind die revolutionärste Partei, die es geben kann. Das bedeutet, diejenige Partei, die alle Situationen, alle Möglichkeiten auszubeuten imstande ist, und nicht nur Kämpfe zu führen, sondern auch den Sieg zu sichern vermag. Das ist das eigentliche Ziel und man vergißt manchmal, daß wir Strategie üben müssen, die Kraft des Feindes und unsere eigene kühlen Auges abzuschätzen, die Situation abzumessen und nicht in den Kampf zu gehen, um den Wall der Passivität zu brechen, oder wie ein anderer Genosse sagt: „um die Partei zu aktivisieren".

Dann die italienischen Genossen, die sich auf denselben Wegen befinden, selbstverständlich, weil die Partei von den Zentristen abgeprallt ist. Die italienischen Genossen sagen, jetzt haben wir endlich die Hände frei, jetzt können wir unsere Pflicht erfüllen, in revolutionäre Massenaktionen einzutreten und uns für den Verrat Serratis revanchieren. Und nun, Genossen — Sie wissen, daß darüber nicht nur von Levi gesprochen worden ist, sondern auch von der kapitalistischen und unabhängigen Presse —, daß die Märzaktion von der Exekutive befohlen und Levi ausgeschlossen worden sei, weil er den Ukas nicht befolgt habe. Mancher Genosse in der französischen und tschechischen Partei fragte sich — das beweist, daß er mit dem Geist der Exekutive nicht ganz vertraut ist, aber es existieren in der Kommunistischen Internationale bei manchen Genossen solche Befürchtungen —, vielleicht wird man mir im Namen der Exekutive auch einmal solche Befehle geben, und wenn ich sie dann nicht erfülle, dann werde ich aus der Partei ausgewiesen. Diese zwei Stimmungen existieren hier. Auch eine dritte Stimmung, die, wie wir hoffen, in unseren Thesen zum Ausdruck gekommen ist. Die sagt, daß es, selbstverständlich, unsinnig gewesen wäre, wenn die Exekutive sich auf diese taktische Philosophie der Steigerung der Kämpfe durch mehr oder minder künstliche Massenaktionen stellen wollte und Befehle in mehrere Länder schicken würde. Im Gegenteil, weil wir jetzt stark geworden sind, und weil wir dadurch vor die Aufgabe gestellt wurden als selbständige, zentralisierte Partei, die Massenbewegung zu führen, vielmehr die Schuldigkeit haben, die Situation in jedem Lande ganz genau mit kühlen Augen zu analysieren und, wenn es möglich und notwendig ist, mit der ganzen Leidenschaft anzugreifen und vorzugehen. Das eben sagen die taktischen Thesen, die wir vorgeschlagen haben. In Frankreich, sagt der Genosse, gibt es keine Linken. Die französische Partei befindet sich im Zustande der Mauserung. Wenn Sie das Hauptorgan, die „Humanité" lesen, so finden Sie, was ja unsere Thesen klipp und klar sagen, einen ziemlich konfusen, verschwommenen Ton in der Agitation, in der Rede. Also, man findet selbstverständlich in der „Humanité" diejenigen — um mit dem Genossen Bucharin zu reden — Schweinereien, die Longuet und seine engeren Freunde geschrieben haben. Es ist ein vom kommunistischen Willen getragenes Blatt. Aber dieser Wille ist nicht genügend gespannt, der kommunistische Gedanke ist nicht genügend präzisiert und klar, man sieht nicht diesen Willen, der immer die Situation im revolutionären Sinne vorwärts treiben und aufklären muß. Wenn man das in dem Hauptorgan der Partei nicht sieht, so ist es für mich ausgeschlossen, daß so eine Partei von heute auf morgen die Möglichkeit bekommt, eine große, revolutionäre Massenaktion auszulösen und zu leiten. Die erste Voraussetzung ist, daß sich in ihm der klare revolutionäre Gedanke und Wille herauskristallisiert und in der gesamten Agitation und Propaganda zum Ausdruck kommt. Dieser Prozeß der Herauskristallisierung, er kann 2, 3, 6 Monate, vielleicht ein Jahr in Anspruch nehmen, das hängt von den Verhältnissen ab und wird für viele Genossen nicht genügend schnell vor sich gehen. Sie geben sich nicht die Rechenschaft ab von der inneren Lage dieses Prozesses, der revolutionären Mauserung einer großen Partei. Sie wollen das umgehen und es scheint, als ob ihnen nur der Vorwand mangelt, um die revolutionäre Aktion zu beginnen. Da sagen sie, Frossard und andere machen es nicht. Das ist ein ausgezeichneter Vorwand. Da beginnen wir erst recht. Der Appell der Klasse 19, und gerade in Frankreich, wo die Anarchisten, Syndikalisten so stark sind, mit dem französischen Temperament, mit der Pariser Arbeiterklasse ist es möglich, daß mancher Teil dieser Arbeiterschaft, ein ausgezeichneter Teil, der in den großen Kämpfen ausschlaggebend sein wird, daß dieser Teil von den jüngeren, weniger erfahrenen, durch ihre Ungeduld getriebenen Genossen, in eine Aktion hineingetrieben wird, die für die Entwicklung in Frankreich für Jahre verhängnisvoll werden kann. Das ist die Situation. Selbstverständlich, kann man sagen, Sie greifen diesen oder jenen Genossen an. Das ist unbedeutend. Er hat eine falsche Rede gehalten. Ja, Genossen, wenn jeder sich ein Urteil bilden könnte, dann hätte man kein Bedürfnis, diese Internationale zu haben. Darin besteht die Aufgabe, daß man, wenn man die Gefahr sieht, sei sie noch so klein, sie scharf zum Ausdruck bringt, daß man auf sie aufmerksam macht, wenn Sie wollen, daß man sie übertreibt. Daß ich oder Sie die Gefahr übertreiben, ist doch ganz unbedeutend, also eine Mahnung mit etwas erhöhter Stimme. Aber die andere Gefahr, daß man es versäumt oder verpaßt, daß diese Tendenz heranwächst und mit einer Provokation zusammenstößt, daß daraus das Feuer des Abenteuers lodert, das ist die große Gefahr. Dadurch erklärt sich auch die Leidenschaft, mit der mancher Genosse darüber spricht. Und ich werde Ihnen sagen, wenn ich mit dem einen oder anderen Genossen privatim darüber spräche und merkte, er versteht mich nicht, er denkt, ich bin älter, er ist jünger, ich habe schon etwas graue Haare, er ist etwas entschlossener, er faßt es als die Frage des Temperaments auf und sagt: „Du bist zu vorsichtig," da sage ich mir: Die größte Gefahr besteht darin, daß mancher Genosse auch den Boden der Gefahr nicht versteht, daß er politisch, in revolutionärem Sinne, unerfahren ist, daß er diese Mahnung in ihrer Wirklichkeit, aber auch in ihrer Begrenztheit nicht versteht. Er meint, man rückt nach rechts. Nein, aber gar nicht.

Man sagt, du bist jetzt von den Opportunisten abgeprallt und du machst diese Bewegung von innen, aber schau, auf der Welt existieren nicht nur die Opportunisten, sondern die Klassen, die kapitalistische Gesellschaft, die Polizei, die Armee, bestimmte ökonomische Verhältnisse, ein Teil mit dir, ein anderer gegen dich, der dritte ziemlich neutral, der vierte gegen dich, eine ganze komplizierte Welt, in der sich zurechtzufinden eine große Aufgabe ist. Das mußt du lernen, wenn du mir antwortest. Ja, willst du, daß ich den Kampf mit den Zentristen aufnehme. Alle diese Resolutionen des 1. und 2. Kongresses bleiben doch bestehen. Und die ganze Tätigkeit, die wir zu entfalten haben, ist doch immer für den Opportunismus ein Schlag ins Gesicht. Aber wir haben doch nicht nur die Aufgabe, den Opportunismus immer theoretisch zu verurteilen, wir haben praktisch die kapitalistische Gesellschaft zu überwinden, die Bourgeoisie auf den Rücken zu werfen und zu töten. Das ist die Aufgabe. Und für diese Aufgabe, — ich muß das wiederholen, muß man die kühle Sprache der Statistik mit der leidenschaftlichen Sprache der revolutionären Gewalt vereinigen. Wir werden das lernen und wir werden siegen. (Lebhafter Beifall und Applaus.)

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

Am Sonntag tagte in **Braunschweig** die Unterbezirkskonferenz. Sie nahm folgende Resolution mit 14 gegen 3 Stimmen an:

„Die am 7. August tagende Konferenz des Unterbezirks Braunschweig verurteilt den von der Opposition eingebrachten Antrag, der den Rücktritt der Zentrale forderte.

Sie erwartet vom Parteitag, daß er gegen derartige Anmaßungen einer kleinen Minderheit eine entschiedenere Haltung einnimmt, als sie auf der Zentralausschußsitzung zum Ausdruck gekommen ist.

Im Interesse der Einheit der Partei ist als Mindestmaß die Anerkennung der Interpretation Dahlem zu der Erklärung der Opposition zu fordern."

Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg

Am Sonntag, den 7. August, fand in Berlin der Bezirks-Parteitag des Bezirks Berlin-Brandenburg statt. Nach einem Bericht aus Moskau, den Genosse Friesland gab, und eingehender Diskussion, nahm der Bezirks-Parteitag folgende Resolution an:

1. Der Bezirksparteitag stellt sich loyal auf den Boden der Beschlüsse des Dritten Weltkongresses der KJ. Der Bezirkstag ist der Meinung, daß die Thesen des Kongresses in eingehender sachlicher kritischer Diskussion von der Partei aufgenommen und in praktischer revolutionärer zäher Arbeit ins Leben gebracht und womöglich ergänzt werden müssen.

2. Der Bezirksparteitag ist der Meinung, daß denjenigen Genossen gegenüber, die der Opposition angehören, von der Partei Entgegenkommen zuteil werden muß und daß die Mitarbeit jedes einzelnen Parteigenossen, der in den Rahmen der Partei sich einfügt, nutzbar gemacht werden muß.

3. Die Diskussionsfreiheit in der Partei muß unter allen Umständen **allen** Parteirichtungen, auch oppositionellen, zugestanden werden.

4. Die bisherige Opposition hat die Grenzen der Diskussionsfreiheit nicht nur überschritten, sondern die Weitherzigkeit der Partei und die Schwäche der Zentrale mißbraucht zu ungesunder Kritikasterei und Verleumdung der Partei.

5. Infolgedessen müssen sich die einzelnen Genossen der bisherigen Opposition offen erklären gegen die bisherigen parteischädigenden Gepflogenheiten einer Gruppe von mißvergnügten Führern (Solidarisierung mit Levi, Mitarbeit am Sowjet, Sonderbündeleien).

6. Irgendwelche Funktionen, die die Parteimitgliedschaften früheren Mitgliedern der Opposition anweisen, haben dasselbe Gewicht wie jede andere.

7. Aber ablehnen muß der Bezirksparteitag ein Einsetzen führender Oppositioneller in führende Stellungen (Zentrale, Zentralausschuß), ohne daß die Mitgliedschaft ihre Genossen auf Grund ihrer Leistungen durch ihr eigenes Vertrauen an diese Stellen setzt.

Infolgedessen billigt der Bezirksparteitag den Beschluß des Parteiausschusses, der eine Erweiterung der Zentrale durch Klara Zetkin und Heinrich Malzahn ablehnte.

Folgende Anträge für den Parteitag in Jena wurden angenommen:

1. Die Partei soll von ausländischen Bruderparteien nur Mittel für Agitation und Unterstützung für Flüchtlinge annehmen.

2. Die Korrespondenz von der Zentrale für die Funktionäre herausgeben.

3. Programmkommission wählen.

4. Ständige Vertretung in der Exekutive.

5. Zentralausschußmitglieder sollen durch den Bezirk abberufbar sein.

6. Häufiges Zusammenberufen der kommunalen Vertreter der Partei in Provinz- und Landeskonferenzen.